

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verwaltung
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepalte Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Kaufleute,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Amt I, Nr. 1508.
Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 30. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

„Ueber den Parteien“.

In dem unglücklichen Versuch, welchen die „Konservative Korrespondenz“ gemacht hat, um unseren Artikel über die „entscheidende Stelle“ zu widerlegen, kommt am Schlusse der Passus vor:

Die Entscheidung kann immer nur an einer Stelle ausgeübt werden, die über den Klassenunterschieden steht, die also zum besten des Gemeinwohl den Ausgleich widerstrebender Elemente herbeizuführen vermag. Nicht nur nach göttlichen, sondern auch nach menschlichem Reich und Landes-Recht steht an dieser Stelle der Monarch und seine „Volks-Souveränität“, am allerwenigsten aber die sozialdemokratische Klassensoveränität, wird im Stande sein, dieses Recht zu beugen oder zu verschränken. Mit solchen Phrasen, wie sie der „Vorwärts“ in die Menge zu schleudern liebt, wird unser monarchisches deutsches Volk sich nicht tödren lassen.

Gut gebrüllt! Mit den sinnlosen Phrasen der Herren Junker wird das deutsche Volk sich ganz sicher nicht tödren lassen.

Die „entscheidende Stelle“ soll über den Klassenunterschieden stehen. Betrachten wir diese Phrase. Ueber den Klassenunterschieden stehen kann kein Mensch. Es ist das eine Unmöglichkeit. Denn stellen wir uns auf den Standpunkt des Klassenkampfes, wie die „Konservative Korrespondenz“ in ihrer naiven Unbewusstheit der Konsequenzen gethan hat, so theilen wir damit die Gesellschaft in zwei von einander abgegrenzte Klassen, zwischen denen gewisse menschiedene Elemente hin und her schwanken, über die sich zu erheben jedoch in der Macht keines Menschen ist.

Den Wunsch, das Bestreben mag dieser und jener wohl haben, allein dieser Wunsch ist eine Utopie. Der Wunsch drückte sich, wenn auch nur andeutungsweise, in den Februar-Erlassen des jetzigen Kaisers aus. Dem Monarchen war es sicherlich ernst mit seinem Wunsch, und er hat sicherlich, unter Benutzung der ihm zu Gebote stehenden Machtmittel, sich nach Kräften bemüht, den Wunsch zu verwirklichen. Und der Erfolg? Jedermann, der die Geschichte der letzten sieben Jahre verfolgt hat, weiß, daß das Programm der Februar-Erlasse nicht verwirklicht worden ist. Sie sind nicht verwirklicht worden, weil dies eine Unmöglichkeit war. Der Monarch kann beim besten Willen die Gesetze nicht ändern, nach welchen die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft sich vollzieht. Das Schicksal der Februar-Erlasse ist der schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer Anschauung.

So wenig der Monarch sich über die Klassenunterschiede emporschwingen kann, ebenso wenig kann er sich über die Parteien erheben. Die Parteien und der Parteienkampf sind ja das politische Ergebnis der Klassenunterschiede, oder richtiger gesagt: der Klassegegensätze. Und es ist eine bekannte, jetzt ziemlich allgemein anerkannte Wahrheit, daß mit der Zuspitzung der Klassegegensätze und Klasseninteressen die politischen Parteien immer mehr zu ökonomischen Interessengruppen und Interessensarmeen sich gestalten müssen.

Das Wort, daß der Monarch über den Parteien stehe, ist uralte. Es kam auf zur Zeit, wo der Begriff des Gottesgnadenthums und des absoluten Königthums auskultiviert ward. Und es ist in ein System gebracht worden; am plumpesten von den journalistischen Panusnoten des preussischen Junkerthums, das, nachdem ihm seine raubritterliche Rebellion gegen das Haus Hohenzollern mißlungen war, dieses durch überchwängliche Bethenerungen der Loyalität zu seiner Drahtpuppe machen wollte — nach dem berühmten Sprüchlein:

Der König absolut!
 — Wenn er unsern Willen thut.
 Besonders eifrig ward dieses „System“ gepflegt von dem Erzjunker Bismarck, der zur Durchführung seiner „nationalen“ Umsturzpolitik des preussischen Königs bedurfte.

Wie er den Monarchen für seine Pläne gewann, und wie er ihn mißbrauchte, — wie er ihn 1864 in den schleswig-holsteinischen Fragen täuschte, — wie er ihn 1866 hinteres Licht führte und in den Bruderkrieg mit Oesterreich trieb — wie er ihn durch „Redaktion“ der Emser Depesche und deren Verwandelung aus einer Chamade in eine Fanfare zum „heiligen Krieg“ gegen Frankreich nöthigte — das ist im Gedächtniß aller Lebenden, die Augen haben zu sehen und Ohren zu hören, und das ist von denen, die es vergessen haben, bei Lamarmora, Benedetti und Bismarck's eigenen Reklameschreibern nachzulernen.

Als Bismarck zur Konfliktzeit das fortschrittliche Bürgerthum nicht übermächtigen konnte, setzte er den „Acheron“ in Bewegung, holte sich aus Frankreich das rothe Gespenst und taufte das „über den Parteien stehende Königthum“: „Soziales Königthum“.

Die Hohenzollern waren „Könige der Bettler“, das Hohenzollernthum ein Königthum, das die Schwachen gegen die Starken schützte, den Gegensatz zwischen Arm und Reich aufhob und das Räthsel der modernen Sphäre: die soziale Frage, löste.

Was aus dieser Legende von den Königen der Bettler (rois des gueux) geworden ist — wie die Herren Junker jetzt die Bettler waren, die sich hinter dem „König absolut“ versteckten, um auf Staatskosten mit Liebesgaben gesättigt zu werden — und wie die Arbeiter unter dem Regiment der „kaiserlichen Botschaft“ vom sozialen König- oder Kaiserthum

mit der Peitsche des Sozialistengesetzes traktirt wurden, das ist Geschichte, das braucht nicht gesagt zu werden.

Unter Wilhelm I. trat die Thatsache, daß der König nicht über den Parteien steht, in den Hintergrund, weil die Person des Monarchen durch die Person seines „Handlangers“ Bismarck vollständig überschattet ward. Der „treue Vasall“ deckte sich zwar, obgleich er dies anderen ausf hestigte verbot, bei jeder Gelegenheit in denkbar unritterlichster Weise mit der Person des Monarchen, allein er überragte ihn zugleich so, daß nur seine Person vor der Welt stand, und daß alle Verantwortlichkeit auf seine Person fiel.

Nach dem Tode Wilhelm's I. und dem kurzen schattenhaften Zwischenspiel des unglücklichen Friedrich III. änderte sich das Verhältnis durchaus. Der neue Monarch „zerschmetterte“ den Fürsten Bismarck, wurde sein eigener Reichskanzler und brach — nach einem kurzen Anlauf, um, durch die Februar-Erlasse, einen festen Punkt über den Parteien zu gewinnen — impulsiv mit der Utopie der Parteilosigkeit. Er sagte es als seine königliche Pflicht auf, in dem Kampf der Parteien nicht zu vermitteln, sondern an der Spitze der einen der beiden kämpfenden Parteien gegen die andere zu kämpfen. Alle Elemente der Ordnung, d. h. wie die Dinge nun einmal liegen, alle Anhänger der kapitalistischen Wirtschaft, rief der Monarch ausdrücklich unter seine Fahnen zum Kampf gegen die Parteien des „Umsturzes“, d. h. gegen den Sozialismus. In schärferer Form Partei zu ergreifen, ist einfach unmöglich.

Was soll da noch das Gefasel der „Konservativen Korrespondenz“, daß der Monarch über den Klassenunterschieden stehe? Hinter dieser heuchlerischen Phrase verbirgt sich das „Königthum absolut, wenn es unseren Willen thut“.

Wird der Monarch in den Vordergrund des Parteikampfes gestellt, so ist er mit Nothwendigkeit auch den Hieb, Stich- und Schußwunden des Parteikampfes ausgesetzt; der Papierschleib des Majestäts-Paragrafen giebt da keinen Schutz. Im Gegentheil: jeder Majestätsbeleidigungs-Prozess ist ein Stoß ins Herz des monarchischen Glaubens.

Der in den Parteikampf gezerrte Monarch fordert naturgemäß die Leidenschaft der in seinem Namen Bekämpften heraus; er ist deshalb angewiesen auf die Unterstützung seiner Partei; und die Partei des Monarchen zu führen, das ist in preussisch-Deutschland sein „Geburtsrecht“, welches die Junker für sich in Anspruch nehmen.

Wer dies erwägt, begreift sofort das Spiel unserer Junker, begreift, warum sie den Namen des Monarchen immer mehr in den Parteikampf hineinziehen und den Monarchen selbst den breiten Volksmassen immer mehr zu entfremden suchen.

In England, wo das Gottesgnadenthum schon vor 250 Jahren beseitigt wurde, ist die Monarchie wirklich über die Parteien gestellt worden. Es wurde dies dadurch erreicht, daß die Person des Monarchen durch Einsetzung verantwortlicher Rathgeber (Minister, Staatssekretäre) persönlich von jeder politischen Verantwortlichkeit befreit ward. Das preussisch-deutsche Junkerthum haßt aber die parlamentarische Regierung, weil sie den dauernden Mißbrauch der Monarchie zu persönlichen und Klientenwegen ausschließt.

Kein Zweifel, daß die Monarchie in dem parlamentarischen England weit fester eingewurzelt ist, als in dem junkerlichen Deutschland.

Hören wir, was in dieser Beziehung ein ultramonarchischer Mann, der ehemalige Reichsgerichtsrath Mittelstädt, über die Wirkung des persönlichen Regiments, was es jetzt in Deutschland sich geltend macht, in seinem von uns schon besprochenen Briefe sagt:

„Jedem der Kaiser, sieht sich selbst und seine Person repräsentirend, also dauernd und allzu persönlich handelnd fortgesetzt im scharf beleuchteten Vordergrund der Staatsbühne stellt, läuft er Gefahr, sich selbst, seine Krone, sein königliches Ansehen und seine souveräne Herrschaft vor der Zeit zu verbrauchen.“

„Ich besorge, in Ihrer Sphäre, verehrter Freund, ahnt man kaum, wie entsetzlich rasch sowohl in den Kreisen unseres Beamtenthums, wie in den weiten Schichten deutschen Bürgerthums die Empfindungen persönlicher Verehrung, ehrerbietiger Ehrfurcht, rückhaltloser Treue dem Träger der deutschen Kaiserkrone gegenüber sich verflüchtigt haben. Was darüber wegläuscht, ist einmal der rothe Lappen der Sozialdemokratie und zum andern Theil eine ungewöhnliche Anhäufung charakterloser Feigheit und serviler Heuchelei.“

Wir stehen auf dem heißen, vulkanisch durchwühlten Boden des Deutschen Reiches, um die Mitte dieses Jahrhunderts durch eine Revolution zurecht gesetzt, später durch Krieg, Eroberung, den Sturz von Thronen, durch den papiernen Vertrag einer neuen Verfassungsurkunde und durch das allgemeine Stimmrecht zusammengekniet und sanktionirt. Ein allzu persönliches Regiment, das diese Lage der Dinge nicht mit aller Schärfe unermüdlich im Auge behält, wird trotz allen individuellen Tugenden und allen edlen Absichten des Regenten der deutschen Monarchie früher oder später eine Katastrophe bereiten.“

Aber unsere Junker wollen ja eine Katastrophe. Sie haben bei einem „Kladderadatsch“ nichts zu verlieren, und je tiefer die Klust wird zwischen dem Monarchen und den breiten Volksmassen, desto äppiger bläht der Junker weizen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 29. Oktober.

Kein Kanzlerwechsel! Das Wolff'sche Bureau verbreitet heute Abend folgende zwei Depeschen:

Berlin, 29. Oktober. Seine Majestät der Kaiser stattete heute vor der Abreise von Berlin dem Herrn Reichskanzler einen längeren Besuch ab.

Berlin, 29. Oktober. Nachdem der Bundesrath seine Plenarsitzungen wieder ausgenommen hat, wird demnächst der Entwurf der Militär-Strasprozeß-Ordnung zur Berathung und Beschlußfassung gelangen. Damit ist die Vorlage des Entwurfs an den Reichstag gesichert.

Mit diesen hochoffiziösen Auslassungen ist endlich etwas Klarheit in den Nebel von Vermuthungen und Gerüchten gekommen, in den seit Monaten die wichtigsten Fragen der Reichspolitik eingehüllt waren.

Und die Klärung, die uns die obigen Mittheilungen geben, ist erfreulicher, als von mancher Seite in letzter Zeit erwartet wurde.

Fürst Hohenlohe wird weiter im Amte verbleiben und er soll in die Lage versetzt werden, den versprochenen Entwurf der Militär-Strasprozeß-Reform vor den Reichstag zu bringen.

Es wird sich nun fragen, welcher Art der Entwurf sein wird, ob er Grundsätze vertreten wird, welche „modernen Rechtsanschauungen“ entsprechen, wie der Reichskanzler es im Frühjahr 1896 versprach.

Es wird sich fragen, ob die mächtigen Widersacher der Reform, da sie ihren Willen nicht durchzubrüden vermochten, doch wenigstens nur eine solche Reform zuließen, die das deutsche Volk nicht als eine wirkliche Reform anzuerkennen vermag.

Wir wollen dies nicht hoffen. Wir wollen hoffen, daß die Regierung eine Vorlage bringt, die den jahrzehntealten Wünschen des Volkes vollaus entspricht.

Lange, überlange hat es gedauert, bis die Regierung sich zur Ausführung ihrer Zusagen entschlossen hat. Es bedurfte dazu zäher Arbeit, rastlosen Drängens, unablässigen Forderens seitens derer, welche im Namen des Volkes, im Namen der deutschen Soldaten die Reform forderten.

Nicht vergeblich war dieses Bemühen.

Sollte aber, zu welcher Befürchtung nur zu viel Anlaß vorliegt, die Reform nur eine unzureichende Halbheit werden, so wird das Vorlangen nach einem ganzen Werke, nach völliger Befriedigung der berechtigten Wünsche des deutschen Volkes fortbauern und sich Geltung zu schaffen wissen!

Die badischen Landtagswahlen werden übereinstimmend von den Organen aller Parteien als ein schwerer Schlag für die nationalliberale Partei ausgelegt, selbst die nationalliberale Presse muß sich ins unvermeidliche fügen und den Zug nach links, das Abbrechen der breiten Volksfrachten von der nationalliberalen Partei offen eingestehen.

Eine Privatdepesche meldet uns:

Das endgiltige Resultat ist:

Die Nationalliberalen verlieren fünf Sitze, und zwar drei, zwei in Karlsruhe und einen in Mannheim, an die Sozialdemokraten, einen, den dritten Karlsruher Parlamentarier, an die Demokraten, einen, Heidelberg-Land, an die Antisemiten. Der bisher von Stegmüller vertretene Kreis Lörrach-Stadt geht an die Freisinnigen über. In der nächsten Kammer werden neben 27 Nationalliberalen 21 Mitglieder der Zentrumsparthei, je 5 Sozialdemokraten und freisinnige Demokraten, je 2 Antisemiten und Konservative und ein reiner Freisinniger sitzen.

Aus Mannheim wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet:

Als eine Ironie des Schicksals muß man es bezeichnen, daß das indirekte Wahlsystem auch diesmal für die Sozialdemokratie Vortheil gebracht hat. Im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen hatten nämlich auf die Sozialdemokraten nur 247 (Statt 338), auf die Demokraten dagegen 108 (Statt 47) und auf die Nationalliberalen 189 (Statt 109) Wahlmänner entfallen müssen.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hatte gestern seine erste Abend Sitzung zur Berathung des für den Grafen Badien zur Lebensfrage gewordenen Ausgleichsprovisoriums. Man dachte, daß die Obstruktion nun gebrochen sei, die ganze politische Welt war begierig, ob die deutsch-bürgerlichen Parteien zur Abstimmungs-politik schreiten würden. Sie haben sich dieses Mittel ausgespart und gleich den irischen Obstruktionisten das Todtreden versucht. Und es muß anerkannt werden, daß sie dieses Mittel in einer alle Vorbilder in der parlamentarischen Geschichte übertreffenden Weise angewendet verstanden.

Gestern Nachmittag hatte sich das österreichische Abgeordnetenhaus auf 7 Uhr abends vertagt, und von da ab tagte das Abgeordnetenhaus ununterbrochen volle 27 Stunden.

Die Sitzung endete mit einem vollen Siege der Obstruktion. Die Majoritätsparteien, die mit aller Gewalt, mit den Mitteln äußerster Rücksichtslosigkeit, durch Erzielen der körperlichen Erschöpfung bei den Mitgliedern der Opposition die erste Lesung des Ausgleichsprovisoriums in einer Sitzung

durchgehen wollten, haben selbst beantragen müssen, daß die Sitzung, nachdem sie über einen Tag gedauert hat, abgebrochen werde. Die nächste Sitzung findet erst am nächsten Donnerstag statt.

Gestern um 1/9 Uhr abends ergriff der liberale Vertreter der Stadt Brünn, der Handelskammer-Sekretär Dr. Otto Lecher, ein parlamentarischer Neuling, das Wort und sprach dann ununterbrochen 12 Stunden. 12 Stunden stand und redete der Abgeordnete. Seine ganze Erholung bestand in drei Pausen zu je zehn Minuten. Als die Morgenstunden anrückten, wurden ihm weitere Pausen von den beiden Vizepräsidenten Abrahamowicz (Pole) und Kramarz (Tscheche), die im Vorsitz abwechselten, verweigert. Lecher bekam von seinen Freunden fortwährend erfrischende Getränke, zumeist Kaffee, in den Saal.

Zuerst stürzte diese große rednerische und parlamentarische Leistung der Antifeminit Wollf, der sich stets viel mehr als Korpsbürsche wie als erster Politiker benahm. Er schimpfte, schrie und polterte ununterbrochen, während Dr. Lecher redete. Nachher erst beruhigte er sich und ließ Dr. Lecher allein das Feld. Um 1/5 Uhr morgens gewährte Kramarz dem Redner fünf Minuten Pause. Nach Ablauf dieser Zeit rief Kramarz: „Ist Dr. Lecher schon da?“ Stürmische Enttäuschungslaute: „Das ist schäbig!“ Lecher sprach fort. Nun riefen die Sozialdemokraten, man solle den Stenographen und Dienern eine Pause gewähren. Mufe links: „Geben Sie eine Stunde Pause!“ Es folgte ein großer Tumult, da Kramarz den Abg. Lecher aufforderte, weiter zu sprechen. Die Linke verlangte fortgesetzt Sitzungsschluss. Kramarz antwortete: „Während der Rede eines Abgeordneten darf kein Antrag gestellt werden.“ Schließlich unterbrach Kramarz die Sitzung auf zehn Minuten, worauf ihn Abrahamowicz ablöste, was die Linke mit tosendem Lärm aufnahm. Abrahamowicz rief: „Wollen Sie alles mit Gewalt durchsetzen?“ Abg. Kaiser: „Das ist Menschenhinder!“ Abg. Hofmann-Wellenhof: „Wo ist Baden? Er soll herkommen!“ Kramarz: „Wenn Lecher seine Rede beendet hat, werde ich über den Sitzungsschluss abstimmen lassen.“ Die Abgeordneten der Linken bearbeiten die Punkte mit Pultbrettern. Vizepräsident: „Ich werde gewiß nicht nachgeben.“ Die Linke antwortet mit großem Tumult, im Saale wird gepöfien. Um 1/9 Uhr endlich schloß Dr. Lecher seine Rede, die genau 12 Stunden gedauert hatte, mit den Worten: „Die Deutschen in Oesterreich werden sich weder ergeben noch sterben.“ Der Redner wird von der Linken stürmisch begrüßt, die Abgeordneten schwenken mit Tüchern. Hierauf wird der von der Linken beantragte Sitzungsschluss in zwei namentlichen Abstimmungen abgelehnt und die Sitzung nimmt ihren Fortgang. Der Abgeordnete Lecher war bis zur letzten Minute außerordentlich frisch, ging aber nach Hause, um zu ruhen. Seine Parteigenossen überbanden ihm einen Vorberanz in seine Wohnung. Nun begann der Kampf der Linken gegen die Fortsetzung der Sitzung. Sie verlangte Pause, dann Sitzungsschluss, dann eine Aufforderung an die Minister, im Saale anwesend zu sein. Hierauf wurden insgesamt namentliche Abstimmungen beantragt. Abg. Pferche (deutsch-tschech.) sagte: Mit Rücksicht auf den Schmutz, Dunst und Staub im Saale und da die Abgeordneten selbst sich nicht mehr in einem gesellschaftlich präsentablen Zustande befinden, beantrage er, die Sitzung geheim zu erklären und die Abstimmung hierüber in geheimer Sitzung vorzunehmen. Da die Anträge genügend unterstützt wurden, wurden die Zuhörer entfernt. Nun beginnen zahlreiche geheime Abstimmungen. Zur Rede Lecher's bemerkt der Bericht der „Voss. Ztg.“, den wir außer Privatdepeschen benennen, daß sie durchaus sachlich war, mit scharfen Angriffen auf die Regierung.

Deutsches Reich.

Herrn Bobbielski's Eifer, Wünsche der handeltreibenden Bevölkerung zu erfüllen, wird in den Zeitungen so gerühmt, daß die bedenkliche Nechtheit seines Reformwunsches, die Werbung auf die Beamenschaft viel zu wenig beachtet wird. Durch Herrn Bobbielski soll die Mittelklasse der Postbeamten möglichst verringert werden. In den nächsten 3 Jahren sollen mittlere Stellen überhaupt nicht mehr besetzt werden, der Schalterdienst soll von Militärwärtern und der Weichzeichnerdienst von einem mit 2 Mark pro Tag besoldeten weiblichen Beamten besorgt werden. Mit dem Erfolge der halbwegs ansänbig bezahlten Beamten durch minder besoldete, sich für den Verkehr mit dem Publikum nicht besonders eignende, scheint uns die Ermäßigung der Telephongebühren, der nur wenigen Leuten zu gute kommende Nachdienst beim Telephon, die Erhöhung der Gewichtsgrenze zu teuer erkauft.

Henry George

Soeben kommt die Nachricht, daß Henry George, der bei den New-Yorker Bürgermeister-Wahlen kandidierte, nachdem er am Donnerstag noch in 4 Versammlungen Ansprachen gehalten, am Freitag morgen an einem Schlaganfall gestorben ist. Gerade in dem jetzigen Moment wird der Verlust, den die radikale Bewegung in den Vereinigten Staaten durch den Tod dieses unerschrockenen Kämpfers und feurigen Redners erleidet, doppelt schmerzhaft empfunden werden. Am 2. November sollten die Wahlen stattfinden. Die Wahrung in der New-Yorker Einwohnerschaft, die durch die schamlose kommunale Korruptionspolitik des herrschenden Stadtklüngels, der Tammanybände, aus ihrer Behargie aufgestellt worden, war außerordentlich. Unter den drei Kandidaten, die von den verschiedenen Parteien der Opposition aufgestellt waren, stand Henry George den Interessen der Arbeiterschaft weitans am nächsten. Seine Kandidatur wurde, wenigstens von einem Teil der Arbeitervereine, mit größter Begeisterung aufgenommen. Die Aussichten für seine Wahl waren, nach einer vorläufigen Stimmengählung, die ein New-Yorker Blatt angeführt, nächst den Aussichten des von dem Tammanybänden aufgestellten Kandidaten, weitans die günstigsten. Es ist anzunehmen, daß die Masse seiner Anhänger nun einem der anderen Oppositionskandidaten zufließen und daß durch diese Konzentration der Stimmen die Tammany-Kandidatur aufs Haupt geschlagen werden wird.

Henry George hat das Alter von 58 Jahren erreicht. Er war der Sohn eines Postbeamten, in Philadelphia besuchte er die Volksschule und trat im Alter von 16 Jahren als Lehrgehilfe in eine Druckerei ein. Wechseltell, echt amerikanisch, verließ sein Leben. Er wurde Schiffsjunge, dann Goldgräber, wiederum Schriftsetzer, Redakteur, gewann Geld, verlor es wieder durch Spekulationen, lebte eine Zeitlang als kleiner Beamter in Kalifornien und in dieser Stellung schrieb er das Buch, das seinen Namen mit einem Schlag in seinem Vaterlande wie in England, dann weiterhin auch auf dem europäischen Kontinent berühmt gemacht: „Fortschritt und Armuth“. Das Buch, welches im Jahre 1879 herauskam, schien sogar eine neue praktisch-politische Bodenreform-Bewegung einzuleiten, oder wenigstens die schon vorhandenen Ansätze einer solchen mächtig entfalten zu sollen. In den 30er Jahren bildete sich in Amerika eine George-Partei, die zeitweise große Dimensionen annahm. Im Jahre 1888 kandidierte er, von der unabhängigen Arbeiterpartei aufgestellt, zum ersten Male bei den New-Yorker Bürgermeister-Wahlen. Wenn er auch nicht durchdrang, vereinte er doch — ein gänzlich unerwarteter Erfolg — mehr als 67 000 Stimmen auf seinen Namen. So rasch die Partei

Auch unter Herrn Bobbielski's Leitung macht die Reichspost kleinerlei Anhalten, sich zu einem sozialpolitischen Musterbetrieb zu entwickeln.

Eine Zusammenstellung der geplanten Postreformen wird jetzt veröffentlicht. Das Höchstgewicht der einzelnen Sendung wird auf 20 Gramm erhöht, die Ermäßigung der Gebühren für Postanweisungen geringeren Betrages und die Festsetzung des Reiskontos für Postanweisungen von 400 auf 600 M. ist angeregt, aber nicht erledigt worden. Auch die Erörterung der Frage, ob eine Postermäßigung im Privatverkehr erfolgen könnte, in der Weise, daß der Stadtpostbrief von 250 Gramm nur 5 Pf. koste, hatte kein abschließendes Ergebnis.

Verweigerung der Verlegung des Schalterdienstes an den Sonntagen von den Nachmittagsstunden auf die Mittagszeit gingen die Meinungen der verschiedenen lokalen Verhältnisse wegen auseinander. Die Einrichtung von Briefkästen in großen Geschäftshäusern auf deren Kosten wurde angenommen.

Es werden Postanweisungs-Formulare mit angehängtem Quittungsformular fortan zur Verwendung kommen.

Die Ausdehnung des Briefschwerverkehrs auf das platte Land fand allgemeine Zustimmung. Jeder kleinere Ort erhält eine öffentliche Fernpoststelle. Die Realisierung des theuren Projekts ist nur möglich, wenn die Interessenten die Stangen für die Leitung kostenlos hergeben.

Eine Vereinfachung des Bahnpostverkehrs derart, daß Drucksachen und Waarenproben nicht mit Schweißgütern bejodert werden sollen, wurde gutgeheißen.

Die „Konseru. Korresp.“ behandelt die jetzt innerhalb der Sozialdemokratie gepflogenen Debatten über die Bedeutung des hiesigen Reichstages betreffs der Landtagswahlen. Das Blatt ergeht sich in allerlei hässlichen Bemerkungen darüber, daß eine Eingeleit über diese Frage nicht vorhanden sei und daß, obwohl die „oberste Instanz“ gesprochen habe, die Parteiführer sich doch noch in allerlei Meinungsverwirrungen ergehen.

Die „Konseru. Korresp.“ sollte es der Sozialdemokratie getrost überlassen, ihre inneren Angelegenheiten zu ordnen, wie es ihr geziemend ist. Ganz drollig, wenn sich das Blatt über die nicht genügende Achtung vor den Beschlüssen der „obersten Instanz“ belagert, inwiefern die Partei der „Konseru. Korresp.“ überhaupt keine Parteitagung kennt, welche in selbständiger Weise die Partei-Angelegenheiten ordnen und die Richtschnur für die Thätigkeit der Parteiführer geben würden.

Veröffentlichung von „schwarzen“ Listen. Neuerdings sind von kaufmännischen Korporationen u. s. w. an den Justizminister Anträge wegen Veröffentlichung von Listen solcher Personen gerichtet worden, die den Offenbarungseid geleistet haben. Diese Anträge haben die Unterstützung auch einer Reihe von Handelskammern gefunden. Die Frage wird bei der Revision der Zivil-Prozessordnung eingehende Erwägung finden.

Wir registrieren diese seltsame Nachricht. Wundern würden wir uns freilich nicht, wenn sie nicht demontiert würde.

Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts bezüglich Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen erweckt die Erinnerung an die Debatten in der vorigen Landtags-Session, welche sich an diese selbe Frage knüpften. Damals blühte Herr v. d. Rade die Auflösung der in Frage stehenden polnischen Versammlung, sobald das jetzige Urteil sich in völligen Widerspruch zum Minister gesetzt hat. Herr v. d. Rade hat allerdings schon damals die Möglichkeit, daß das Gericht so urtheilen werde, wie es geurtheilt hat, nicht ganz unbeachtet gelassen, sondern er hat erklärt, daß, im Falle das Ober-Verwaltungsgericht nicht in seinem Sinne entscheiden würde, es sich nicht nötig machen werde, auf dem Wege der Gesetzgebung gegen die polnische Agitation vorzugehen. Nachdem nun wirklich Herr v. d. Rade vom Gericht „im Stich gelassen“ worden ist, was wird er nun thun? Wird er nach den nun angekauften Erfahrungen des letzten Sommers dem Landtage ein polnisches Ausnahmegesetz vorlegen? Die reaktionären Blätter sind schon bereit, den Minister dazu aufzumuntern. So fordern die „P. M.“ eine entsprechende Aenderung des Vereinsgesetzes. Aber selbst dieses Blatt verkennt nicht, daß die Ausschüsse auf Annahme einer solchen Vorlage in diesem Landtage keine günstigen seien und meint, die Regierung werde bis zur nächsten Legislaturperiode warten müssen.

Man sieht, die Reaktionsleute erwarten viel von dem nächsten Landtag. Nun, hoffentlich kommt es dahin, daß die Wahlen ihre Erwartungen zerschören und nicht einen noch volksfeindlicheren, sondern einen etwas besser zusammengesetzten Landtag schaffen werden.

Herrn Professor Reinhold's Debut hat allgemein wenig Anklang gefunden. Selbst Blätter vom Schlage der „Foh“, die dem sonderbaren Herrn „treffende Gedanken“ nachrühmt, können sich mit der Art seines Auftretens und Redens nicht befassen. Auch in Universitätskreisen selbst scheint der Herr nicht weniger als willkommen geheißen zu werden, besonders die Thatsache, daß der Inhalt seiner Antrittsrede schon vor der Lesung selbst im Druck fertiggestellt und an die Presse gegeben wurde, wird als Verstoß gegen die guten Traditionen der Universität sehr übel vermerkt. Professor Delbrück erklärte, als er über

gewachsen, so rasch ebbte sie wieder. Die George-Partei fiel bereits in dem nächsten Jahre auseinander; denn auf die Dauer ließ sich eine Agitation, die auf so utopischer Grundlage beruhte, nicht aufrecht erhalten. Auch in England, wohin er eine sehr erfolgreiche Agitationsreise unternommen, ist sein Einfluß, trotzdem die dortigen Großgrundbesitzer-Verhältnisse Bodenreform-Ideen besonders nahe lagen, mehr und mehr zurückgegangen. — Die deutsche Bodenreform-Bewegung, geleitet durch Michael Bährschlein, einem Schüler George's, der einen Aenderungen an der Theorie des Meisters vornahm, hat es überhaupt nie zu einigem Aufsehen gebracht.

Die ökonomischen Ideen George's sind, wie sympathisch das Feuer des Vortrages und eine warmherzige Volksfreundlichkeit des Mannes auch beherrschend, von hoffnungsloser Verworrenheit. Er brachte es fertig, von einer Harmonie zwischen den Interessen der Arbeiter und des industriellen Kapitals zu reden, gestützt auf solche platten Argumente, daß Profite und Löhne in Zeiten guten Geschäftsganges gemeinsam zu steigen, in schlechten Zeiten gemeinsam zu fallen pflegen. Die freie Konkurrenz galt ihm daher als Non plus ultra aller Harmonie und Gerechtigkeit. Nicht das allgemeine kapitalistische Monopol an den Produktionsmitteln, sondern das Monopol an Grund und Boden erschien ihm als die Quelle der Ausbeutung. Der Umstand, daß in den Produktionsmitteln menschliche Arbeit bereits enthalten ist, daß ihr Werth sich auf „Arbeit“ gründet, während der Boden bloßes Naturgegeben ist und einen nicht auf „Arbeit“ gegründeten Werth hat, galt ihm als Grundlage für diese alle realen Verhältnisse überspringende Argumentation. Sein Heilmittel ist, für erste alle Steuern auf den Privatbesitz von Grund und Boden als die eigentliche Quelle aller Ausbeutung zu legen, und dann den Boden ohne Entschädigung der Privateigentümer in Staatseigentum zu überführen. Die wunderlichen Reformpläne, die in den Vereinigten Staaten nur durch die Treibereien spekulativ-kapitalistischer Landanlässe zeitweilige Aktualität erzielten, werden aus Rücksicht eines göttlichen Naturgesetzes, von dessen Existenz Herr George genaue Kenntniss hat, vorgezogen.

Immerhin in den verworrenen amerikanischen Parteiverhältnissen, bei dem Fehlen einer großen geschlossenen, sozialistischen Arbeiterpartei haben die George'schen Ideen, weil sie das Eigentum, wenigstens in einer seiner Gestalten, mit revolutionärem Feuer angreifen, insoweit sicher günstig gewirkt, als sie die konservative Stumpfsinnigkeit, welche die wirtschaftliche Organisation als unabänderlich Gegebenes, über jeden Zweifel Erhabenes ansieht, gründlich erschütterten. Ein Volksmann von glänzenden Gaben, dem nur das wissenschaftliche Rüstzeug aus einer anderen Werkstatt hätte geliefert werden sollen, ist mit Henry George dahingegangen.

diese Angelegenheit befragt wurde: „die ganze Universität sei hierüber empört. Es sei geradezu ein Einmischen der Parteipolitik in die Universität gewesen und die Indiskretion eine Verletzung des akademischen Anstandes.“ Die Universität sei eine Behörde und dürfe doch nicht in dieser Weise in die Öffentlichkeit gerückt und zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Die Vorlesungen würden doch nicht gehalten, um in der Presse publiziert zu werden. Wenn der Inhalt der Vorlesungen publiziert werden sollte, so geschähe das in Buchform. Und wenn ein Dozent für die Öffentlichkeit bestimmte, politische Vorträge halten wollte, so würde es das in öffentlichen Versammlungen thun.“

Das Interesse, welches wir an dieser Angelegenheit nehmen, bezieht sich weniger auf die sozialistenfresserischen Unklarheiten und auf das tolltöse Verhalten des Herrn Reinhold. Die auch politisch interessante Frage ist vielmehr die, wie es möglich war, daß dieser Herr an die Berliner Universität berufen worden ist. Wer hat dem seltsamen Kandidatenschatz die Professur verschafft?

Herr Gaebel und der christliche Zeitungs-Schriften-Verein. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben:

Herr Gaebel ist im Nebenamt auch noch Vorsitzender des „Central-Ausschusses für innere Mission“ (an Stelle des zurückgetretenen Professors Bernh. Weich). Und an den Central-Ausschuss für innere Mission ist auch die „Südwestdeutsche Konferenz für innere Mission“ angegliedert, die wiederholt öffentlich vor der fabrikmässigen Zeitungs-mache mit ihrer christlichen Firma und ihrem gewandten, um nicht zu sagen ausdringlichem Betriebe des Herrn Hülle gewarnt hatte. Als nun neulich die Männer der inneren Mission in Bremen zu ihrem 20. Hauptkongress versammelt waren, stellten Vorstandsmitglieder der „Südwestdeutschen Konferenz“ Herrn Gaebel wegen seiner Unterschrift unter die amtliche Empfehlung zur Rede. Herrn Gaebel's Vertheidigung erregte allgemeines Aufsehen. Der Präsident des Reichs-Verkehrsamtes bekannte sich nämlich durchaus als Gegner der Hülle'schen Zeitungs-mache, fügte aber hinzu, daß jede weitere Diskussion unnütz sei, da er jenes amtliche Empfehlungsschreiben nur gezwungen ausgehändigt habe, veranlaßt von einer Stelle, der er außer Rande sei, zu widersprechen. Die Interpellanten und alle Mitbewohnenden hatten den bestimmten Eindruck, daß Gaebel nach dem Willen des Kaisers oder der Kaiserin die Schriften Hülle's empfohlen habe. In diesem Sinne wurde auch der Vortrag, der sich mehr hinter den Kulissen abgespielt hatte, in Bremen allgemein besprochen. In jenem amtlichen Empfehlungsschreiben sagt aber Herr Gaebel, daß er, einer Anregung des Herrn Staatssekretärs des Innern folge. Unter welchem Druck er damals gehandelt hat, ist also noch nicht ganz klar. Aber zwei interessante Thatsachen stehen doch heute schon da: Herr Gaebel mißbilligt die „stimmungsgemäßen“ Zeitungsfabrikate des mit dem Wilhelm-Orden decorierten Predigers Hülle — und Herr Hülle erweist sich merkwürdigerweise so hoher Protektion für sein Privat-unternehmen, daß einer der höchsten Reichsbeamten wider Willen eine amtliche Empfehlung bringen muß. Das deutsche Volk und seine politischen Führer haben aber ein brennendes Interesse daran, genauer über den ganzen Sachverhalt zu erfahren, denn inzwischen läßt Herr Hülle unter hoher Protektion allwöchentlich 80000 Zeitungsblätter mit theilweise hochpolitischem (reaktionärem) Inhalt über Deutschland verbreiten.

„Kreuzzeitung“ lügen. Es giebt gewisse Lügen über die Sozialdemokratie, welche die Gegner derselben trotz hundertfacher Widerlegung doch immer wieder breit treten. So die alte Geschichte von den sozialdemokratischen Konsumvereinen, in denen die Angestellten ausgebeutet würden. Kürzlich wärmte die „Deutsche Tageszeitung“ dies alte Getratsch auf, jetzt behagt es auch der „Kreuzzeitung“. „Was hat die Sozialdemokratie vor der „reaktionären Masse“ da denn wohl vor?“ — darf man wohl fragen? Wir wollen dem Frager auch die Antwort nicht schuldig bleiben. Erstens ist die Lage der Angestellten in Konsumvereinen, welche Arbeiter gebildet haben, fast durchweg besser, als die Lage der Angestellten in den Konkurrenzgeschäften der bürgerlichen Privat-unternehmer. Zweitens, wo die Arbeitsbedingungen in Konsumvereinen schlecht sind, da ist die Sozialdemokratie stets dagegen aufgetreten. Drittens haben die Konsumvereine überhaupt nichts mit der sozialdemokratischen Partei zu thun, sondern die Sozialdemokratie steht diesen Vereinen völlig neutral gegenüber.

Es liegt uns fern, uns von diesen Feststellungen die Wirkung zu versprechen, daß derartige lügenhafte Gerüchte von den Vertretern von Ordnung, Sitte, Religion und anderer tugendhafter Dinge unterlassen werden wird. Die Herrschaften haben keine anderen Mittel, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, also müssen sie wohl oder übel bei dieser Kampfweise verharren! —

Wie Herr Thielen die Berufsfreiheit der Eisenbahnangestellten fördert. Die „Märk. Volksz.“ ist zur Kenntniss zweier ministerieller Verfügungen gelangt, die so recht zeigen, wie sehr die Eisenbahnbehörde auf das Wohl ihrer Bediensteten bedacht ist. Den Arbeitern war in gerechter Würdigung ihres Arbeitsverhältnisses freie Fahrt in Urlaubsfällen zugesprochen. Dieses Zugeständnis wurde durch Verfügung vom 28. April d. J. mit der gewöhnlichen Beschränkung eingeschränkt, die Urlaube gingen weit über den beabsichtigten Zweck hinaus und verursachten eine erhebliche Arbeit. Der Herr Minister erachtete eine Freifahrt nur noch für geboten, wenn ein erhebliches Interesse vorliege, Erkrankung oder Tod naher Angehöriger, Erholungs- und Bodereisen der Arbeiter auf Grund ärztlicher Anordnung u. c. Die Berufsfreiheit der staatlichen Eisenbahnarbeiter zu heben, dazu war dieser Erlass nicht angethan. Man meint hier und da, die Verwaltung lege es geradezu darauf an, die Berufsfreiheit nicht auskommen zu lassen. Raum war die erste Kunde vernahm, da rief sie in neuer Ministerialerlass, wohl vom August, wieder auf. Es wird darin geklagt, daß die Gesuche um freie Fahrt, trotz der ersten Verfügung nicht ab, sondern noch zugunommen hätten. Deshalb sei „fets“ der „gläubhafte Nachweis der Ursache der Reise durch Vorlage von beglaubigten Schriftstücken“ zu erbringen. Diese Vorschrift berührt erstens unangenehm, weil zwischen den Zeilen zu lesen ist, daß den Aussagen der Arbeiter nicht zu glauben sei, zweitens ist sie in vielen Fällen hart für die Betroffenen. Beispielsweise erhält ein Arbeiter von Hause die Nachricht, daß der vielleicht in den 70er Jahren stehende Vater oder die Mutter unpädlich oder gar krank geworden ist mit der Bitte, doch einmal selbst zuzusehen, wie es gehe u. c. Ein solcher Brief genügt nicht mehr zum Ausweis, sondern es muß eine Ortsbehörde den „Fall“ bescheinigen. Das ist für alle Beteiligten mühselig und zeitraubend, Reserven kaum möglich. Die Eisenbahn aber hat erreicht, daß ihr sowohl die befondere „Arbeit“ als auch die „Freifahrtkarte“ erspart bleibt. Bis solche Unbilligkeiten erledigt sind, kann ein Familienmitglied oder eine Ackerbauante längst gestorben und begraben sein.

Nicht ganz mit Unrecht fragt der so betroffene Arbeiter, ob auch für die höheren Beamten solche einschränkende Bestimmungen bestehen?

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Muthlich wird aus Biffa l. P. gemeldet: Gestern Nachmittag 1 Uhr 21 Min. stieß die leer fahrende Maschine Nr. 1022, welche wegen Defektes von Herrnsdorf nach Biffa zur Reparatur befördert werden sollte, in Kilometer Zwang der Strecke Gamin-Herrnsdorf auf den Schienen eines in der Entladung begriffenen Reisenzuges. Fahrer der leer fahrenden Maschine, geprüfter Heizer Pagatzki aus Biffa l. P., ist an den Beinen schwer verletzt und sofort nach dem Krankenhaus in Trachenberg geschafft worden. Der Heizer hat nur leichte Hautabrisse am Kopf erlitten. Schlußwagen des Arbeitszuges ist erheblich, der zweit letzte Wagen und die Maschine sind unerblich beschädigt. Infolge des Unfalles konnte Zug 64 ab Trachenberg nur bis Gamin. Zug 65 nur von Gamin ab bis

Trachenberg verkehren. Ausräumungsarbeiten dauerten nur zwei Stunden. Zug 66 konnte bereits fahrplanmäßig durchgeführt werden. Ursache des Zusammenstoßes: Nichtabwarten der Abmeldung des Arbeitszuges und zu schnelles Fahren des Führers der defekten Maschine trotz vorheriger wiederholter Ermahnung des Stationsbeamten in Herrnsdorf, vorsichtig zu fahren, Wetter klar.

Der „Frankf. Hg.“ wird aus Karlsruhe gemeldet: Zwischen Benzlingen und der Elzbrücke entgleisten gestern Abend zehn Waggons eines Güterzuges durch Lockung einer Achse. Verletzungen sind nicht vorgekommen. Auch auf der Station Benzlingen ist ein Wagen entgleist, wodurch eine Verspätung des Schnellzuges verursacht wurde.

Der preussische Staat und die slavischen Arbeiter. Betreffs der russischen und galizischen Arbeiter, welche seit einigen Jahren in landwirtschaftlichen Betrieben wieder beschäftigt werden dürfen, wird jetzt den Ortsbehörden eine Verfügung des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten bekannt gegeben, laut welcher in Regierungskreisen besonderer Beachtung darauf gelegt wird, nach Möglichkeit die Befahrenen zu beschäftigen, welche in nationaler Beziehung mit der Maßregel verbunden sein können. Es ist mehrfach darüber klage geführt worden, daß die zu diesem Zwecke erlassenen Anordnungen nicht mit der nötigen Strenge durchgeführt werden, und daß namentlich infolge dessen die zugelassenen fremden Arbeiter das deutsche Staatsgebiet nicht wieder rechtzeitig verlassen. Im Hinblick hierauf werden nun die Aufsichtsbehörden angewiesen, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die Zulassung russischer und galizischer Arbeiter lediglich in landwirtschaftlichen Betrieben, nicht aber auch in industriellen erfolgen, und daß die Beschäftigung derselben nur eine vorübergehende sein darf. Ferner sei strengstens darauf zu achten, daß in der Regel nur einzelne stehende Personen beiderlei Geschlechts zugelassen werden, Familien mit Kindern dagegen nur ausnahmsweise, daß diese Arbeiter regelmäßig zum 15. November jeden Jahres in ihre Heimat zurückkehren, und daß mit sofortiger Ausweisung gegen solche russischen und galizischen Arbeiter vorgegangen wird, die sich verbotswidrig über den 15. November hinaus im Inlande aufhalten. Sofort auszuweisen sind auch diejenigen Arbeiter der erwahnten Nationalitäten, die während der zugelassenen Beschäftigungszeit im Inlande durch den Aufenthalt an inländisch-polnische, von der deutschen Umgebung abgeschlossene Arbeitergruppen sich lästig machen. Die Durchführung aller dieser Bestimmungen wird den Oberpräsidenten zur genauesten Nachahmung empfohlen.

Die preussischen Jünger mögen ausländische Arbeiter, die zu den niedrigsten Preisen ihre Arbeitskraft hingeben, gern beschäftigen, aber sind sie ausgenutzt, so werden sie fortgesetzt, ausgewiesen, abgeschoben. Das nennt man heutigen Tags Zivilisation und Kultur!

Wer ist schuld daran? In chauvinistisch-agrarischen Blättern wird darüber geklagt, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika das Deutsche von der anglo-amerikanischen Bevölkerung mit wachsender Feindseligkeit betrachtet und behandelt werde, und daß zum Beispiel in verschiedenen Staaten der Plan bestehe, den deutschen Unterricht zu beschränken. Nun — das ist nichts Neues. Darauf haben wir schon vor Jahren aufmerksam gemacht und auch den Grund angegeben. Die Erscheinung ist ja nicht vereinzelte. In Dänemark, in den russischen Ostseeprovinzen und vor allem in dem ehemaligen Deutsch-Oesterreich, sowie in Ungarn, ist genau derselbe Rückschlag gegen das Deutsche, dieselbe Zurückdrängung des Deutschen zu bemerken. Und zwar beginnt dieser Rückschlag genau nach dem ersten großen Erfolg jüngerer Nationalpolitik Bismarcks. Durch die Abfassung Oesterreichs im Jahre 1866 wurde das Deutsche in Oesterreich, dieser herrlichen zukunftsreichen Kolonie, welche das deutsche Volk im Lauf der Jahrhunderte sich erworben hat und die uns den Schlüssel zur Herrschaft über Europa gab, vom Mutterland losgetrennt und dem Slaventhum preisgegeben.

So weit ist es dort bereits gekommen, daß man in Böhmen nicht mehr deutsch reden kann ohne Gefahr, durchgeprügelt zu werden. In den russischen Ostseeprovinzen ist das Deutsche nahezu ausgerottet. In den Vereinigten Staaten aber, wo die deutsche Bevölkerung einen großen politischen und kulturellen Einfluß erlangt hatte, wird das Deutsche seit etwa 20 Jahren mehr und mehr in die Ecke gedrückt, wogegen neben den brutalen Degen des deutschen Chauvinismus nach den „Siegen“ von 1870/71 die agrarische Mord- und Brotvergiftungspolitik unserer Junkerregimente leider nur zu berechtigten Anlass geliefert hat. Eine Politik, die, um die Taschen einer winzigen Minderheit zu füllen, den arbeitenden Volk Brot und Fleisch bestreut und zu diesem Zweck dem Ausland vor den Kopf stoßen muß, fähig notwendig zu Depressionen und da Deutschland der wirtschaftlich schwächere Theil ist, hat es natürlich die Kosten zu tragen. „Wenn die Regierenden rasen, haben die Völker zu hüthen“ — in dieser Besart können wir das bekannte Wort von den hinfälligen Königen und den geschlagenen Adäern anwenden. Freit die Sünden unserer Junker und Agrarier wird das deutsche Volk gekraut.

Und recht geschieht's ihm. Warum duldet es diese Sippe?

„Vaterlandslose Gesellen“ wurden nicht Sozialdemokraten, sondern fünf Dirshauer Wahlmänner genannt, die durch ihre Stimmenthaltung dem polnischen Landtagskandidaten zum Siege über den konservativen Kandidaten verholfen. Die Kränkung war vom Reichstags-Abgeordneten Meyer-Rottmannsdorf gebraucht worden, gegen die sich darauf die fünf „Vaterlandslosen“ mit einer Beleidigungsklage an das Amtsgericht Danzig wandten.

In der Verhandlung bestritt der Beklagte, daß er die Absicht gehabt habe, die fünf Herren zu beleidigen, die ihm damals nicht einmal dem Namen nach bekannt gewesen seien; auch habe er die Interessen seiner Nationalität und seines Berufes wahrgenommen. Der Gerichtshof führte an: Jeder Preuss habe das Recht der freien Meinungsäußerung. Der Angeklagte habe zugegeben, daß er die fünf Wahlmänner vaterlandslose Gesellen genannt habe, doch habe er sie damals persönlich nicht gekannt. Auch lasse sich weder aus der Form, noch aus den Umständen die Absicht einer persönlichen Beleidigung folgern. Beklagter habe ferner berechnete Interessen seiner politischen Ueberzeugung und seines Berufes wahrgenommen. Es sei deshalb auf Freisprechung erkannt worden.

Es ist sehr thöricht, wegen derartiger Auswäse seitens der politischen Gegner sofort vor den Klagen zu laufen. Aber wunder sollte es uns nehmen, ob auch Freisprechung erfolgen würde, wenn konservative Staatsmänner in entsprechender Weise angezapft werden.

Riel, 28. Oktober. (Sig. Ver.) Wie schon kurz telegraphisch gemeldet, hat die Germania-Werft, im Besitze Krupp's, den Neubau des Panzerschiffes 1. Klasse „Erzherzog Wilhelm“ in Auftrag erhalten. Man sieht, die „Hoffnung“ Krupp's auf umfangreiche Bestellungen hat ihn nicht getäuscht. In diesem Jahre ist es schon das zweite Schiff, welches für die deutsche Kriegsmarine der Germania-Werft in Bau gegeben ist. Gegenwärtig liegt ein Kreuzer 3. Klasse auf den Helgen. In der Konkurrenz mit den Werften Blohm u. Voß, Hamburg, Vulkan, Stettin, Weser, Bremen und Schichau, Danzig hat Krupp den Sieg davongetragen. Es handelt sich hier um ein Objekt, das auf 14 120 000 M. ohne Artillerie- und Torpedobewehrung, wovon auch noch der Ueberantheil auf die Offener Werke fallen, veranschlagt wird. Das Schiff wird ein Schwesterstück der beiden auf der Wilhelmshafener Werft gebauten Schiffe „Kaiser Friedrich III.“ und „Kaiser Wilhelm II.“ werden und ist die erste Variante vom Betrage von 1 000 000 M. in der vorigen Session des Reichstags bewilligt worden.

Breslau, 29. Oktober. (Privatdrucksche des „Vorwärts“). Die prinzipiell sehr wichtige Frage der öffentlichen Kollekte wird am 5. November hier wieder einmal gerichtlich entschieden werden. Au diesem Tage wird die Berufungsinstanz zu entscheiden haben über die Zurückweisung der Professoren Perkner, Baumgärtner, Zömbies und Genossen wegen Verstoßes eines Aufrufes zum Zwecke der Sammlung von Geldern für die hamburgischen Hafenarbeiter.

Wosen, 27. Oktober. Mehrere polnische Damen erhielten hier seit einiger Zeit in ihren Privatwohnungen den polnischen Kindern polnischen Privatunterricht. Wie nun der „Kurier“ mittheilt, sind die hiesigen Schulen vom Schulpfleger Schwalbe benachrichtigt worden, daß den Damen v. Szolbrefa, v. Dzeprala u. a. verboten worden sei, den polnischen Kindern polnischen Privatunterricht in ihren Wohnungen zu ertheilen.

Besonders imponierend wirken diese Hilfsmaßregeln zum Zwecke der Germanisirung nicht, sie dürften auch ihren Zweck verfehlen.

Hamburg, 26. Oktober. (Hamb. Korr.) Ungeheuerliche Anschuldigungen haben die Mannschaften des in verfloßener Nacht im hiesigen Hafen eingetroffenen Dampfers „Delos“ der deutschen Levante-Linie gegen ihren Kapitän und gegen den ersten Steuermann erhoben. Gleich nachdem das Schiff am Abhau verläßt worden war, begaben sich die Leute unter der Führung des Bootsmannes zur Hafenpolizeiwache am Krähnbühl, um gegen die genannten Vorgesetzten Anzeige zu erstatten wegen fahrlässiger Tödtung, grober Mißhandlung und wissentlich falscher Anschuldigung. Die Leute behaupteten, daß Kapitän und erster Steuermann auf der Reise des Schiffes von Malta nach Hamburg einen toten Kohlen-Trimmer, den sie als Simulanten bezeichnet haben sollen, in eine Kammer eingesperrt, um ihn dort in einer Weise zu behandeln, daß er bereits 36 Stunden, nachdem das Schiff Malta verlassen hatte, an den Folgen dieser Behandlung starb. Des ferneren sollen Kapitän und erster Steuermann einen anderen Mann der Schiffbesatzung in roher Weise mißhandelt haben. Zusaetzlich ist betrefis der schweren der behaupteten Straftaten, derjenigen der fahrlässigen Tödtung, daß der Trimmer, der sich zusammen mit noch einem anderen Kollegen krank gemeldet hatte, in Malta von einem Arzte untersucht worden ist. Während der Arzt betrefis des anderen Schiffsmannes Krankheit konstatierte und dessen Ueberführung in ein Krankenhaus anordnete, erklärte er in bezug auf den zweiten Trimmer, daß dieser körperlich vollständig gesund sei; nur mit seinem Gemüthszustande sei es nicht ganz richtig. Der Kapitän ließ ihn deshalb in einer Passagierkabine internieren, um zu verhindern, daß der Mann in seinem geistigen Zustande über Bord springe. 36 Stunden nach dem Auslaufen des Dampfers „Delos“ aus dem Hafen von Malta starb der Trimmer. Als Todesursache wurde Herzschlag angenommen. Die Leiche wurde nach Seeemannsart über Bord geschleudert. Als das Schiff in verfloßener Nacht im Hamburger Hafen verläßt war, wurde sämmtlichen Mannschaften der Dienst gekündigt. Als die Leute heute Morgen ihre Effekten von Bord abholten, hatten sie einen Kriminalpolizei-Beamten mitgebracht, damit dieser zuvor ihre Sachen, aber auch die Effekten der Steuerleute, Maschinen u. s. w. untersuche. Von den angeblich gestohlenen Gegenständen der Schiffsausrüstung wurde übrigens nichts mehr vorgefunden.

München, 29. Oktober. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben zum Militär-Etat folgenden Antrag eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen, daß Kriegsministerium zu versuchen, bei Vorlegung des nächsten Militär-Etats eine Berechnung der Gesamtkosten der jüngsten großen Manöver mitzutheilen.

Oesterreich. Ein unerhörter Fall von Soldatenmißhandlung. In der Sitzung vom 19. Oktober wurde im Abgeordnetenhause folgende Interpellation von dem sozialdemokratischen Abgg. Verkar und Genossen an den Landesverteidigungs-Minister gerichtet: „Von vertrauenswürdigster Seite erhalten wir Kenntniß über den Fall einer Soldatenmißhandlung, wie sie brutaler und unmenslicher kaum gedacht werden kann. In manchen Gegenden Tirols ist das Tabakrauchen üblich. Bei einem Jäger der 14. Kompanie des 1. Kaiserjäger-Regiments, namens Koeb, bemerkte während des Exercirens der Lieutenant Grebensch, daß dieser Tabak im Munde habe. Was sich nach dieser Entdeckung abspielte, wird nun in verschiedener Weise geschilbert. Nach der einen Behauptung soll Lieutenant Grebensch den Jäger Koeb zuerst gezwungen haben, den Tabak zu schlucken. Nach der anderen Behauptung soll dies nicht geschehen sein. Wohl aber stimmen alle Mittheilungen darin überein, daß der Lieutenant den Jäger unter Schimpfwörtern genöthigt hat, eine Säbelspitze voll Erde zu schlucken. Dieser unerhörte Vorgang spielte sich bereits im Frühjahr ab. Ueber die Folgen, die derselbe für den Jäger gehabt, haben wir genauere nicht erfahren können. Das Geheimniß, das das militärische Strohverfahren umgiebt, hat es auch bewirkt, daß wir nicht feststellen können, ob überhaupt eine Strafe gegen den schuldtragenden Lieutenant verhängt worden ist. Jeder, der sich ein menschliches Gefühl bewahrt hat, wird zugeben müssen, daß ein solcher Mann die moralische Eignung zur Abrichtung von Truppen nicht besitzt. Wir erlauben uns nun die Anfrage zu stellen: Ist der Herr Landesverteidigungs-Minister bereit, den genauen Sachverhalt in der Affaire Grebensch-Koeb zur Kenntniß des Hauses zu bringen? Ist dafür Vorzeige getroffen, daß der Schuldtragende unter keinen Umständen mehr zur Abrichtung von Truppen Verwendung findet?“

Schweiz. Zürich, 27. Oktober. (Sig. Ver.) In Winterthur regten am Sonntag die Sozialdemokraten und Demokraten bei zwei Erwahlungen zum Großen Stadtrath mit ihren Kandidaten, einem sozialdemokratischen und einem demokratischen, über die Liberalen. In Chur (Kanton Graubünden) regte ebenfalls die Arbeiterkassette bei einer Wahl in den Stadtrath mit ihrem Kandidaten Halmeyer über die Gegner. Dagegen wurde die Initiative des Churer Geitlivereins auf Einführung der kommunalen Proportionalwahl mit 720 gegen 512 Stimmen abgelehnt. Bei einem zweiten Anlaufe kann der Proporz siegen.

Frankreich. Paris, 29. Oktober. Die Kommission der Deputirtenkammer genehmigte den Bericht über die Anträge Jouanet und Genossen betrefis den Einfuhrzoll auf Schweine, gefalgene Schweinefleisch, Schweinefleisch u. dergl. Die Kommission hielt die früher angenommenen Zollsätze aufrecht mit Ausnahme des Zolls von 30 Franks auf gefalgene Schweinefleisch, Schinken und Speck, welcher wieder auf den gegenwärtigen Zollsatz von 25 Franks herabgesetzt wurde.

St. Majestät Herr Präsident Faure durch ein Berliner Blättchen beileidigt. Aus Paris wird telegraphirt:

Die beiden letzten Nummern der Berliner „Neuesten Blätter“ sind auf Anordnung des Ministeriums des Innern beschlagnahmt worden, weil sie den Präsidenten Faure beleidigende Zeichnungen enthalten.

Dreysfuß hat einen neuen Verteidiger gefunden und keinen geringeren als den Vizepräsidenten des Senates, Herrn Scheuer-Kestner. Dieser soll erklärt haben: „Ich bin von der Unschuld des Kapitäns Dreysfuß überzeugt. Ich bin mehr als je entschlossen, seine Rehabilitirung zu versuchen. Welche Mittel ich anzuwenden, wann ich hervortreten gedenke, darüber möchte ich nichts sagen. Ich habe die Aften, die sich in meinen Händen befinden, noch niemandem mitgetheilt, auch nicht dem Präsidenten der Republik.“

Diese Aeußerungen erregen in Paris ungeheures Aufsehen, da Scheuer-Kestner als anfrüchtiger Mann bekannt ist. Vielesch nimmt man an, daß der neue Befürworter der Unschuld des Dreysfuß einem geschickten eingefädelten Betrüge zum Opfer gefallen sei.

Belgien. Brüssel, 28. Oktober. Der radikale Abgeordnete Borand hat sich bereit erklärt, an Stelle des mit der Ausweisung bedrohten Ahmed Nija Bey's das jungtürkische Organ den „Reschveret“ als Redakteur zu zeichnen. Nur auf diese Weise würde das Weitererkennen des „Reschveret“ in Belgien möglich sein und dem Sultan bleibe kein anderes Mittel, als bei den belgischen Gerichten die Klage gegen Borand einzureichen. Ein ähnlicher Versuch des Sultan

in Paris ist so kläglich für den Großherrn ausgefallen, daß er auf Wiederholung einer solchen Prozedur verzichten dürfte.

England. Varnley (Grafschaft York), 29. Oktober. Bei der Erwahlung für den zum Pair ernannten Liberalen Earl of Compton wurde der Liberale Dixon mit 6744 Stimmen ins Unterhaus gewählt. Blyth (konservativ) hatte 3454 und Curran (Arbeiterpartei) 1091 Stimmen erhalten.

Rußland. Moskau, 24. Oktober. (Sig. Ver.) In der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober ist auf die Fabrik von Witula Morozow nach Orchow o. Sujevo o. Militär verlangt worden. Wie man sagt, fand dort zuerst ein Spinnereistreit statt, welcher anfangs einen ganz friedlichen Charakter trug, dann aber aus Gründen, welche uns unbekannt sind, in eine tumultuarische Erhebung gegen die Fabrikverwaltung umschlug; der Fabrikdirektor ist geschlagen worden und hat sich geflüchtet. Gestürzt haben sich auch einige Fabrik-Verwaltungsbeamte; die Arbeiter begannen darauf ihre Wohnungen zu zerstören und in Brand zu stecken — unter anderen ist die Wohnung eines Meisters verbrannt worden. Die übrigen Arbeiter außer den Spinnern haben sich nicht angeschlossen. Weitere Details sind uns nicht bekannt.

Russen. Simla, 29. Oktober. General Lockhart hat heute Vormittag 11 Uhr das Döfils von Sempagha genommen; die Stellung des Feindes war sehr stark. An Verlusten wurden bisher ein englischer Offizier als todt und einer als verwundet gemeldet. Morgen will General Lockhart Arghana angreifen.

Amerika. Washington, 29. Oktober. Wie verlautet, kamen die Vereinigten Staaten, Rußland und Japan auf der Nobben-Konferenz überein, die völliige Einstellung des Fanges auf hoher See zu empfehlen, unter der Voraussetzung, daß die Zustimmung Englands und Kanadas erlangt werde. Die Vertreter Rußlands und Japans sollten bereits telegraphisch die Zustimmung ihrer Regierungen eingeholt haben.

Das Haftpflicht-Gesetz in der französischen Kammer.

Paris, 27. Oktober 1897. Das Schicksal des Haftpflicht-Gesetzes, dessen Verathung die Kammer soeben begonnen hat, findet wohl nicht seines Gleichen in der Gesetzgebungs-Geschichte der jüdischen Länder. Um ein Gegenstück zu finden, muß man auf die Reformversprechen der türkischen Regierung zurückgreifen. Die heuchlerische Bereitwilligkeit im Versprechen unter dem Druck von außen — dort von dem „europäischen Konvent“, hier von der proletarischen Wählerschaft ausgedrückt — und die fortgesetzte böswillige Verschleppung in der Ausführung haben sich unter der türkischen Despotie und unter dem Herrschaft der französischen Bourgeoisie in gleich starkem Grade geltend gemacht.

Die Vorgeschichte des gegenwärtigen Haftpflicht-Gesetzentwurfes zeigt deutlicher als alles andere, welch werthvolles Verzeu ihre Klasseninteressen die Bourgeoisie sich im Senat geschaffen hat. Es war der Senat, der regelmäßig nach jahrelangen Verschleppungen das von der Kammer votirte Gesetz im Interesse der Unternehmer derart verknagte, daß eine Verständigung zwischen den beiden Kammern unmöglich wurde. Und so spielen Senat und Kammer mit dem Haftpflicht-Gesetz Fangball bereits seit einem Duzend Jahren.

Der erste Gesetzgebungsversuch betrefis die Entschädigung der Arbeiter für Unfälle datirt von 1880. Er verging aber sieben Jahre, bis die Kammer einen vollständig ausgearbeiteten Entwurf votirt hatte, welcher die Entschädigungspflicht der Unternehmer auf dem Wege der obligatorischen und gegenseitigen Versicherung auftrug. Der Senat strich diese beiden Grundprinzipien aus dem Gesetz, und der inzwischen eingetretene Schluß der Legislaturperiode 1885—1889 machte die ganze vorausgegangene Arbeit null und nichtig. In der folgenden Legislatur (1889—1893) wiederholte sich die Geschichte von neuem. Nachdem die Kammer, allerdings erst im Juni 1893, am Vorabend der Neuwahlen, einen von einem früheren Ministerium eingebrachten Entwurf auf Grundlage der bezeichneten zwei Prinzipien mit einer Mehrheit von 493 gegen bloß 4 Stimmen votirt hatte, ließ der Senat die Reform in einer Kommission begraben — und mit Ablauf der Legislatur war die Unternehmerversicherung wieder einmal getrotet. In der gegenwärtigen Legislatur veruchte man zunächst eine vorberige Verständigung zwischen den betreffenden Kommissionen der beiden Kammern. Der Versuch mißlang natürlich, und nach weiteren drei Jahren kehrte die Reform aus dem Senat in die Kammer zurück in einer Gestalt, welche sie für die Arbeiterschaft und daher auch für die vor dem allgemeinen Wahlrecht verantwortliche Kammer unannehmbar machte. Es sei nur bemerkt, daß der Senats-Entwurf die Klausel der „Schuld des Arbeiters“ an dem Unfall enthielt, damit die Entschädigung in die Hand der Bourgeoisie gelegt; daß er ferner der Prozeßkosten Thür und Thor öffnete, indem die Entschädigung ohne einen festen Maßstab zwischen einem Maximum und einem Minimum schwebend gelassen wird; daß er schließlich die obligatorische Versicherung, die einzige Garantie für die Entschädigung der Opfer, ausgemerzt hat.

Die Kommission der Kammer mußte daher ohne weiteres in den neuen Entwurf ungefähr die Bestimmungen der früher von der Kammer votirten Entwürfe wieder aufnehmen. Im einzelnen soll der gegenwärtige Entwurf nach Abschluß der Verhandlungen besprochen werden. Heute darüber nur so viel, daß die Unfallversicherung — bei Festhaltung des obligatorischen Charakters derselben — in drei Formen zugelassen wird. Erstens können die Unternehmer einzeln oder gruppenweise sich durch die Niederlegung einer Kaution in der nationalen Unfallversicherungs-Kasse versichern. Zweitens wird die gegenseitige Versicherung (ohne Kaution) der Unternehmer eines Industriezweiges oder mehrerer verwandter Industriezweige zugelassen, sei es in regionalen oder in beruflichen Verbänden — unter der Bedingung der solidarischen Haft natürlich. Drittens sieht der Gesetzentwurf vor von Gesetzes wegen zu schaffende regionale Versicherungsverbände für diejenigen Unternehmer, welche von den zwei ersten Versicherungsformen keinen Gebrauch machen würden.

Der Kammerausschuß hofft durch die Einführung der zwei freiwilligen Versicherungsformen den Widerstand des Senats zu brechen. Wohl vergebens! Denn die berufensten Befürworter des Unternehmertums und zugleich des Senats und des Kabinetts Meline haben bereits gegen den Kammerentwurf eine Generalaktuelle eröffnet — wie immer, im Namen der Freiheit und der „wohlverstandenen Interessen“ der Arbeiter! ... Uebrigens ist auch das arbeiterfreundliche Verhalten der Kammermehrheit in diesem wie in anderen Fällen, soweit die Bourgeoisrepublikaner in betracht kommen, lediglich darauf zurückzuführen, daß man der Ablehnung der Reform durch den Senat sicher ist. Und bezeichnenderweise laucht die Reform, wie 1893, wiederum just am Vorabend der Neuwahlen auf.

In der mit löblicher Eile in einer Sitzung abgewandelten Generaldebatte hat ein opportunistischer Abgeordneter, Goujon, bereits den Versuch gemacht, den Kommissions-Entwurf ersetzen zu lassen durch einen Gesetzentwurf, der als einzige Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand die Abwälzung der Beweislast bezügl. der „unverzeihlichen Schuld“ des Arbeiters an dem Unfall vom Arbeiter auf den Unternehmer und eine beschleunigte Rechtsprechung in den Haftpflicht-Prozessen enthält. Dieser Gesetzentwurf wurde an die Kommission verwiesen.

Die sozialistische Kammerfraktion hat in der Generaldebatte durch Genossen Charpentier erklärt, den Kommissions-Entwurf votiren zu wollen, da sie es, angesichts der unerhörten Verschleppungskünfte seitens des Senats, vorseht, lieber den mangelhaften Entwurf anzunehmen, als durch ihre Opposition möglicherweise eine Ablehnungsmehrheit schon in der Kammer bilden zu lassen. Der Kommissionsentwurf bildet ja immerhin einen erheb-

lichen Schritt vorwärts. Durch ihre kluge Haltung haben die Sozialisten außerdem das Spiel der Regierungsparteien verdoeben. Diese hatten bereits die sozialistische Opposition gegen den Entwurf diskutiert, um die Vertreter des Proletariats wieder einmal zu Störenfriedern in jedem Reformwerk umzuliegen. Die Regierung hat sich zum Entwurf noch nicht geäußert. Diesmal wird sie einen besonders schwierigen Versuch auszuführen haben, um zugleich die Unternehmerinteressen und den Schein ihrer Reformfreundlichkeit zu wahren.

Wie ein Pariser Telegramm vom Donnerstag besagt, hat die Kammer die Gesetzesvorlage in ihrer gestrigen Sitzung angenommen.

Partei-Nachrichten.

Das Zentral-Agitationskomitee für Sachsen fordert in einem Aufrufe die Parteigenossen auf, schleunigst die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen zu beginnen. Wegen des wahrscheinlichsten Termins derselben dürfte die sächsische Landtagsversammlung schon im Februar zusammenzutreten, bis dahin müßte die Kandidatenfrage überall geregelt sein. Weiter sollen die Genossen sofort die Organisation der Wahlarbeit vornehmen, Material für die lokale Agitation sammeln und für dessen Bearbeitung sorgen, sowie auf die Beschaffung der Gelder das nötige Augenmerk lenken. Zum Schluß des Aufrufes heißt es: „Die Reichstagswahl hat diesmal für uns eine ganz besondere Bedeutung: Es gilt nicht nur Abrechnung zu halten über die fünfjährige Tätigkeit der Reaktion im Reichstag, es gilt vor allem auch die Entrechtung der sächsischen Landtagswähler gebührend zu beantworten. Sieg der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie, Niederwerfung der Reaktion — das ist das Ziel, das wir zu erreichen haben! Dazu aber ist schleunigstes, eifriges und ununterbrochenes Handeln nötig. Parteigenossen, geht sofort an die Arbeit!“

In einer äußerst stark besuchten Volksversammlung in Erfurt, wo Reichstags-Abgeordneter Dr. Sätgenow unter hümmlichem Beifall über das Thema: „Die Sozialdemokratie, eine Revolutions- oder Reformpartei?“ gesprochen hatte, wobei er auch die gegenwärtige Zustizpflege berührte, ergriff in der Diskussion Reichstags-Abgeordneter N. i s h a u s das Wort und führte in Beziehung auf den Prozess Liebke in dem Sinne: Wenn der Reichsanwalt die Ansicht ausgesprochen habe, daß der Dolus eventualis bereits als etwas Selbstverständliches in weiten Volkskreisen betrachtet werde, so müßte dagegen flammender Protest erhoben werden. In diesem Sinne, sagt die „Tribüne“, erhoben sich die Anwesenden wie ein Mann.

Zwecks Schaffung eines eigenen Heimats für die Parteigenossen in Ulm a. D. in Unterhandlung mit dem Besitzer des schönen und weithin bekannten Gasthofs zum Weißen Kopf. Wie dem Offenburger „Volkstempel“ geschrieben wird, beträgt ihr Angebot 120 000 M.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Auf die Notiz, daß in Grillenbergers Verfassungskomitee in Gotha die dortige Polizei zwei Stenographen gefandt habe, erklärt unser Gothaer Partei-Organ, nicht die Polizei, sondern die Redaktion des „Gothaer Volksblattes“ habe die Stenographen gefandt. Dann ist unser Berichtsteller leider falsch berichtet gewesen. Das „Gothaer Volksblatt“ scheint aber auch die Bemerkung als unrichtig hinstellen zu wollen, der Gothaer Bürgermeister habe schwere Sorge darum getragen, daß der Zeichnung nicht den Charakter einer politischen Demonstration annehme. „Die Gothaer Polizei und deren Chef, der Herr Oberbürgermeister“, sagt unser Bruderorgan, „sind uns in jeder Weise entgegengekommen und haben sich lediglich darauf beschränkt, die äußere Ordnung bei dem großen Zusammenfluß von Menschen auf dem Friedhof aufrecht zu erhalten. Dies zur Steuer der Wahrheit.“ Wir bezweifeln das durchaus nicht, haben das Gegenteil aber auch gar nicht behauptet.

Zum Strafantritt unseres alten Parteigenossen Georg Horn, der, wie gestern mitgeteilt, wegen Verleumdung der Direktoren der Glasfabriken in Brüssel, Oldenburg und Kreuznach 10 lange Monate im Gefängnis zubringen muß und erst am 26. August nächsten Jahres wieder in Freiheit gesetzt wird, schreibt die Glasarbeiter-Zeitung „Der Fachgenosse“: „Wenn bis dahin auf den genannten Werken echte Arbeiterfreundlichkeit, gewerkschaftliche Freiheit und politische Bildung, sowie geordnete, d. h. verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten sind, so sind diese Vorzüge um den Preis von 10 Monaten Gefängnis zwar teuer genug erkauft, doch würde es für unseren schwer betroffenen Genossen immerhin ein gewisser Trost sein, daß sein Streiten und Weiden um die gerechte Sache der Glasarbeiter nicht ganz vergeblich war.“

Wegen Verleumdung der Polizei von Wittweida ist vom Landgericht in Chemnitz am 27. Juli der verantwortliche Redakteur des „Volkstimme“ in Burgstädt, Genosse Schöpfliu, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er hatte einen ihm von Wittweida ausgehenden Bericht abgedruckt, worin von der sozialdemokratischen Mission in diesem Orte die Rede war. An einer Stelle hieß es: „Wo alles bemittelt war, das Fest zu verschönen, konnte natürlich auch unsere Wohlthätigkeit nicht fehlen; sie verbot die Aufführung des Theaterstückes „Gewalt geht vor Recht“, womit wir uns selbstverständlich einverstanden erklärten.“ In diesen Worten erblickte das Landgericht eine Verhöhnung der Polizei. Genosse Schöpfliu legte gegen das Urteil Berufung ein. In derselben war Verlesung des § 193 gerügt. Das Reichsgericht bestätigte das Urteil des Landgerichts.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

Wie die Berliner Eisen-Industriellen ihr vor dem Einigungsamt gegebenes Wort halten. Punkt 3 der Einigungsbedingungen besagt: „Die Arbeitgeber werden die am Streik beteiligten Arbeiter und Gehilfen-Worker nach Bedarf wieder einstellen, möglichst bevor auswärtige Arbeiter zur Beschäftigung angenommen werden. Diese klare Bestimmung ist nun in mehreren Fällen von den Unternehmern direkt gebrochen worden. Die Firma Salinger hat, trotzdem noch an 40 am Streik beteiligte Arbeiter ohne Arbeit sind, in der vorigen Woche drei auswärtige Arbeiter mit Namen Manther und Thiele aus Forst und Hartmann aus Ludenowthe eingest. Die Firma A. Borjig hat im Anzeiger von Rattowitz folgendes Inserat erlassen: Tüchtige Lehm- und Sandformer sinden lohnende Arbeit; Reisefloßen werden vergütet. A. Borjig, Berlin, Kirchstraße 6. Das zeigt klar und deutlich, wie sehr das Mißtrauen der Vertreter der Arbeiter vor dem Einigungsamt berechtigt war, als sie daran zweifelten, daß die Herren ihr gegebenes Wort einlösen würden. Die Arbeiter können aus diesem Vorkommis nur die Lehre ziehen, künftig ihrer Organisation einen kräftigen Rückhalt zu gewähren, um gegen solche wiederkehrenden Bosheiten gerüstet zu sein.

Achtung, Tischler! Am 19. d. M. haben sämtliche bei der Firma Eberhardt, Michaelstraße 1, beschäftigten Tischler sowie Drechsler und Polierer die Arbeit eingestellt, weil ihre geringen Forderungen auf Abhebung verschiedener Mißstände in der Fabrik von dem Unternehmer schroff abgelehnt wurden. Die Firma versucht nun, von außerhalb Arbeitskräfte heran zu ziehen, natürlich mit Versprechungen auf hohen Lohn. Die Anwerbungen werden unter Bedachtnis vorgenommen. So hat der Zeichner Herr Kosl sich bemüht, in Frankfurt a. D. bei seinem Vater, dem Schuhmacher Kosl, 12 Gesellen zu bestellen, von denen ihm freilich nur einer nach Berlin folgte, der wahrscheinlich auch noch zu der Erkenntnis kommen wird, daß bei Eberhardt nichts zu holen ist. Wir ersuchen daher alle Kollegen, genau auf die Inserate und Mitteilungen der Ordverwaltung im „Vorwärts“ zu achten, damit sie jederseit über den Stand der Bewegung unterrichtet sind.

Der Werkführer Rast läßt es sich angelegen sein, die Polizei auf das gefährliche geschlechtliche Treiben der Streikenden aufmerksam zu machen. So wie sich ein Arbeiter in der Nähe der Fabrik sehen läßt, soll er stiftet werden und ist von dieser Weisung bereits gegen drei Streikende Gebrauch gemacht. Der Maschinenmeister Sieder hat die Aufgabe übernommen, die zugereisten Arbeiter nach der Fabrik zu geleiten, damit sie mit den Streikenden nicht in Verbindung kommen. Wir bitten also nochmals den Zuzug fernzuhalten. Der Holzarbeiter-Verein.

Achtung, Töpfer! Auf dem Bau Petersburgerstraße, den Töpfermeister Haxnaale ausführt, legen am 28. d. M. 16 Oefen-seher die Arbeit nieder wegen der Fensterfrage.

In Rathenow traten am 27. d. M. 10 Bauornamenten-Former der Firma Matthes u. Sohn, von denen fünf im Töpfer und fünf im Porzellanarbeiter-Verein organisiert sind, in den Ausschlag ein. Sie fordern Verlängerung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, Einstellung zweier Gemahregelter, Einführung einer Tarif- resp. Preiskommission, die gemeinsam mit der Fabrikleitung die Preise für die vorliegenden Arbeiten bei Zunahme derselben festsetzt, und Erhöhung des Arbeitslohns für eine bereits begonnene Arbeit. Der Zentralvorstand.

Die Spandauer Maurer beschließen in einer gut besuchten Versammlung, den Unternehmern für das Jahr 1898 folgende Forderungen zu stellen: 50 Pf. Minimallohn pro Stunde, 20 Pf. Zuschlag bei Wasserarbeiten; an jedem Sonnabend eine Stunde und an den Tagen vor den hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend. Die Löhne sollen überall am Sonnabend, und zwar auf den Bau stellen sofort nach Feierabend ausgezahlt werden und die Auszahlung spätestens in einer halben Stunde beendet sein. Auf jedem Bau müssen den Maurern Schädel, Meißel etc. von den Unternehmern geliefert werden, außerdem soll streng auf Errichtung von Baubuden und Aborten gehalten werden. Von der Verlängerung der Arbeitszeit soll einstweilen Abstand genommen werden, und der neue Tarif mit dem 1. April 1898 in kraft treten. Ferner wurde die Forderung der Streikfonds-Beiträge auf wöchentlich 25 Pf. (statt bisher 50 Pf.), sowie die Feier des 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe beschlossen.

Deutsches Reich.

In Rostock ist der Streik der Granitschleifer bei der Firma N. Schrappe zu gunsten der Arbeiter beigelegt.

Die Buchbinder in der Geschäftsbücher-Fabrik von Didermeyer Nachf. in Hannover haben die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen verlangen die Zuneigung der im Vorjahre mit der Firma getroffenen Vereinbarung, die insofern nicht mehr eingehalten wird, als fortgesetzt Lohnreduktionen vorgenommen sind.

Ausland.

In Wien befinden sich seit vier Wochen 800 Metallarbeiter der Beleuchtungsbranche im Ausstand. Die Arbeiter verlangen neuinständige Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit, Minimallohn von 1 fl., Freigabe des 1. Mai, Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung durch den österreichischen Metallarbeiter-Verein. Die deutschen Metallarbeiter werden dringend gebeten, den Zuzug nach Wien fernzuhalten.

Aus Madrid wird ein größerer Ausstand der Wäber gemeldet, an dem jetzt 90 Wollfabriken mit 1000 Arbeitern beteiligt sind.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Die Antwort der Maschinenbauer-Vereinigung an das Handelsamt ist nunmehr öffentlich bekannt gegeben worden. In derselben werden verschiedene Änderungen in den Grundlagen für die vom Handelsamt vorgeschlagene Besprechung in Anregung gebracht, hingegen wird die Anregung des Handelsamtes, daß die Forderung des Achtstundenlages für die Dauer der Konferenz zurückgezogen werden solle, gar nicht erwähnt. Der Sekretär des Maschinenbauer-Vereins glaubt nicht daran, daß die Einigung zu Stande kommt.

Zu dem Streik der englischen Maschinenbauer geht bürgerlichen Blättern aus London eine Mitteilung zu, die essehen läßt, daß in manchen bürgerlichen Kreisen Englands die Sache recht vernünftig aufgefaßt wird. Der Verband der Maschinenfabrikanten stellt bekanntlich in Abrede, daß er es auf die Vernichtung des Gewerkschafts abgesehen hat. Viele urtheilsfähige Leute glauben aber nicht daran. Zu ihnen gehört der frühere liberale Kriegsminister Campbell-Bannerman, einer der begabtesten Führer der Liberalen. Vor seinen Wählern in Strling sagte er, es sei deshalb so schwierig, über den Streik in der Maschinenindustrie zu urtheilen, weil augenscheinlich weder die Fabrikanten, noch die Arbeiter die wirklichen Gründe für ihre Haltung enthalten hätten. Einem Zweifel unterliege es nicht, daß die Forderungen unter den Fabrikanten den Gewerkschaften zerrümmern wollten, möge sich nun diese oder jene Gelegenheit bieten. Das sei ebenso schlecht wie dumm. Seit einem Menschenalter sei es die Tendenz der englischen Gesetzgebung gewesen, die Vereinigung unter den Arbeitern zu begünstigen. Aufgabe des Gesetzes sei der Schutz des Schwachen. Ein Arbeiter allein sei hilflos, aber sein Recht müsse ihm werden. Andererseits habe aber auch die Einmischung der Arbeiter ihre Grenzen. Er, der Redner, dürfe über die Achtstundentage ein Urteil abgeben. Er habe 1893 als Kriegsminister nebst seinem Kollegen, Carl Spencer, dem Marineminister, den Achtstundentag in den Armee- und Marineverhältnissen eingeführt. Das erzielte Ergebnis sei höchst erfreulich gewesen. Damit wolle er nicht behaupten, daß das gleiche für alle Verhältnisse des Landes ohne Unterschied gelten werde. Offenlich würden Arbeitgeber und Arbeiter in der Maschinenindustrie zu der Einsicht kommen, daß ein sogenannter Sieg wenig besser als eine Niederlage sei, wenn der Kampf noch viel länger dauere. Das Land werde hart über die Partei urtheilen, die eine Vermittelung noch länger von der Hand weise.

In Deutschland haben in den letzten Tagen mehrfach Versammlungen stattgefunden, in denen eingehend die Bedeutung des großen Ausstandes der englischen Maschinenbauer gewürdigt wurde. Auch sonst sind die Gewerkschaften bemüht, bei der Bedeutung dieses Riesenstreiks thätig durch Unterstützungen den englischen Arbeitern Hilfe zu gewähren. In einer imposanten Kundgebung versammelten sich vier große Versammlungen in Hamburg und Altona, die von Tausenden besucht waren. In der Versammlung bei Lütke, an der ca. 3000 Personen Theilnahmen, ergriff auch der Metallarbeiter Rönigs aus London das Wort, um die deutschen Arbeiter aufzufordern, ihre englischen Arbeitsbrüder in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. In Magdeburg tagte eine gut besuchte Gewerkschaftsversammlung, in der Rätber das Referat übernommen hatte. Da der Magdeburger Polizei die Auffindung der englischen Abgeordneten schwere Sorge machte und sie den Einberufer bereits verhandelt hatte, daß die Ansprache eines englischen Metallarbeiters nicht gestattet werde, so schienen bei dem überwachen Beamten ernste Bedenken aufzutreten, ob der Referent nicht etwa der gesuchte Ausländer sei. Redner wurde plötzlich mitten im Referat unterbrochen und mußte sich als deutscher Staatsangehöriger ausweisen, was denn auch geschah. In der Fortsetzung seines Vortrages schilderte sodann Redner in packender, aufeinanderer Weise den Kampf der englischen Arbeiter, worauf ihm seitens der Versammlung lebhafter Beifall gezollt wurde. Während dessen sah der viel gesuchte Londoner Maschinenbauer Kreipe ruhig inmitten der Versammlung.

Soziales.

Das Interesse an einer geordneten Tätigkeit der Gewerbebetriebe nimmt in den Arbeiterkreisen eher zu als ab, obgleich so mancher Urtheil und so mancher Schiedspruch nicht geeignet war, die Ueberzeugung zu bestärken, daß die Institution der Gewerbebetriebe ohne Fehl und Tadel dastehet. Unter den Arbeiterbetreibern der Gewerbebetriebe ist vielfach erwogen worden, wie Garantien für eine unparteiische, auf richtigem Verständnis des Arbeitsvertrags-Verhältnisses beruhende Rechtsprechung geschaffen werden könnten. Man hat sich auch nicht verhehlt, daß die Auswahl der als Gewerbebetriebe-Beisitzer aufgestellten Arbeiter manchmal keine allzu glückliche war und daß es von Vortheil wäre, wenn die gesetzlichen und professonalen Bestimmungen,

die bei der Rechtsprechung der Gewerbebetriebe in Frage kommen, allen Gewerbebetriebe-Beisitzern auf genaueste bekannt wären.

Der größte Theil der Arbeiterpresse ist bemüht, durch Veröffentlichung von Urtheilen der Gewerbebetriebe und Kritik derselben viel zur Klärung beizutragen.

In den Gewerbebetriebe-Komitee freilich durch belehrende Vorträge von uns nachstehenden Juristen und gut geschulten, erfahrenen Gewerbebetriebe-Beisitzern vieles zur Verbreitung von Kenntnissen über die Rechte der Arbeiter geschieht. Auch durch das Studium der unparteiisch und geschickt redigierten Zeitschrift „Das Gewerbebetriebe“ könnten die Gewerbebetriebe-Beisitzer sich mit Nutzen unterrichten.

Bei dem großen Interesse für die Tätigkeit der Gewerbebetriebe ist es leicht erklärlich, daß neben vernünftigen Vorschlägen auch manche nicht sorgsam überlegte vorgebracht werden. So wurde unlängst bei einer Zusammenkunft von Gewerbebetriebe-Beisitzern aus mehreren deutschen Städten angeregt, einen Kongress der Arbeiterbetriebe der deutschen Gewerbebetriebe abzuhalten. Wir können diesen Plan nicht billigen, weil wir weder für die Gewerbebetriebe noch für ihre Rechtsprechung irgend einen Nutzen von einem solchen Kongresse erwarten können. Der erste derartige Versuch in Halle a. S. hat bekanntlich wenig Positives zu Tage gefördert. Eine solche gelegentliche Zusammenkunft kann eben nicht besonders fruchtbringend sein, sie kann keinerlei Beschlüsse von irgend welcher Tragweite fassen und wird auch nicht besonders belehrend auf die Theilnehmer wirken können. Bei der großen Anzahl von Kongressen, die für die Arbeiterorganisationen unumgänglich nötig sind, scheint es uns wenig glücklich, ohne unbedingten Zwang noch weitere ähnliche Zusammenkünfte zu veranstalten.

So wenig wir Vortheile von einem solchen Kongresse erwarten können, so leicht können sich die Gegner der Gewerbebetriebe über eine derartige Veranstaltung freuen; sie suchen ja so eifrig nach Beweisen für den in nichts begründeten Zweifel in die Unparteilichkeit der Rechtsprechung der Arbeiterbetriebe der Gewerbebetriebe. Da sie derartige Beweise nicht finden können, und alle Kenner dieser Justizinstanz voll Lobes über das Streben nach unparteiischer Rechtsprechung der Arbeiter in den Gewerbebetrieben sind, so werden die unermüdlichen Feinde der Arbeiterschaft in der Einberufung des Kongresses ein Mittel zur Herbeiführung einer proletarischen Massenjaucherei sehen.

Diese Freude wird aber den Feinden der Arbeiterklasse nicht bereitet werden. Haben doch, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, die Gewerbebetriebe-Beisitzer den Antrag, einen Kongress abzuhalten, nicht akzeptirt und ausdrücklich einen solchen für die nächsten Jahre als inopportun bezeichnet. Wir hoffen, daß man überhaupt von derartigen Kongressen absehen wird. Den Gewerbebetriebe kann seitens der Arbeiter und ihrer Organe auf anderen Wegen viel mehr genützt werden.

Ueber die Augen-Heilanstalt von Dr. Weiker in Gärbersdorf brachten wir in der Nummer vom 23. Oktober eine Notiz, worin der Befürchtung Ausdruck gegeben war, daß die bekannte „vertrauliche“ Anregung des neuen Direktors des Reichs-Versicherungsamtes, die Heilanstalten von den Berufs-gesellschaften und Versicherungsanstalten zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie herangezogen werden, bei jener Anstalt insofern nicht ohne Erfolg geblieben sei, als oppositionelle Zeitungen abgeschafft worden wären, während reaktionäre Blätter beibehalten würden. Diese Veränderung in Befürchtung hatte aber, wie aus einer neuerlichen Zuschrift des Einsenders der Mittheilung zu schließen ist, mit der Anregung des Reichs-Versicherungsamts-Direktors nichts zu thun und ist bereits wieder behoben. Es freut uns, das konstatiren zu können.

Die Frauen in dem nordamerikanischen Territorium Wyoming haben bereits seit 30 Jahren das Recht, an den öffentlichen Wahlen theilzunehmen, und seitdem ihre staatsbürgerlichen Erwerbungen derart zu erweitern vermocht, daß ihnen sogar die vollständig gleiche Besoldung in allen Gemeindeämtern und Lehrstellen an den öffentlichen Schulen bewilligt werden mußte. Die Gehaltsgleichstellung hat aber eine Zurücksetzung der weiblichen Beamtinnen zur Folge gehabt. Der Jahresbericht der dortigen Lehrerinnen-Vereinigung weist ziffermäßig nach, daß seit fünf Jahren die Zahl der angestellten Lehrerinnen andauernd zurückgegangen ist, welche Erscheinung bei den weiblichen Angestellten der Verwaltungsbehörden in noch höherem Maße zu beobachten sei. Als Grund dafür führt der Bericht ein allgemeines Uebelwollen gegen über der Berufstätigkeit der Frauen an; früher, als die Frauen noch billiger arbeiteten als die Männer, hätten die Gemeindeväter und die sonstigen leitenden Kreise des Bürgerthums für die Frauenemancipation geschwärmt; seitdem jedoch den Frauen das gleiche Gehalt wie den Männern zu zahlen sei, habe man plötzlich wieder entdeckt, daß die Frauen eine geringwerthigere Arbeiterin wäre. Das betrübende aber sei, daß auch diejenigen Frauen, denen es gelungen sei, in eine leitende Stelle der Verwaltung oder einer Lehranstalt aufzurücken, das Fortkommen ihrer jüngeren Berufs- und Geschlechtsgenossinnen zu erschweren suchten. Solchen Damen sei meist der geringstbesoldete männliche Bewerber, wenn er ihnen nur einige Schmeicheleien sage, als Untergeordneter lieber, als die tüchtigste und bestvorbereitete weibliche Bewerberin. — Der Bericht schlägt verschiedene Mittel vor, wie die Frauen von Wyoming durch Boykottierung einzelner, den Frauen besonders feindselig gesinnter Personen gegen eine solche Beschränkung der von ihnen so schwer errungenen Rechte ankämpfen sollen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wittenberge, 29. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Nachwahl zum Reichstage im Wahlkreis Westpriesnitz erhielten bis jetzt H i n z e (Soz.) 1633, S c h u l z (f. Volksp.) 2315, B o h l f a r t (Antif.) 1009, v. S a l d e r n (Konf.) 1100 Stimmen. Von 133 Orten steht das Resultat noch aus. Stichwahl zwischen Schulz und v. Saldern wahrscheinlich.

Salberstadt, 29. Oktober. Bei der Landtags-Erwahl im S. Wahlkreis des Regierungsbezirks Magdeburg erhielten von 463 abgegebenen Stimmen Fabrikbesitzer Walter Biersdorff zu Wegeleben (nationalliberal) 335; derselbe ist somit gewählt.

Wien, 29. Oktober. Abgeordnetenhaus. Die geheime Sitzung wird um 8 Uhr abends geschlossen und die Sitzung wieder für öffentlich erklärt. Vizepräsident Abrahamowicz ertheilt dem deutsch-sozialistischen Abgeordneten Riemann das Wort zur Antragstellung. (Stürmischer Widerspruch.) Großer Sturm. Zahlreiche Abgeordnete eilen auf die Präsidentenbühne, es entsteht ein heftiges Gedränge; erregte Kontraversen und großer anhaltender Lärm.) Der Vizepräsident unterbricht die Sitzung auf 3 Minuten. Nach Wiederaufnahme derselben ertheilt der Vizepräsident Antwort bezüglich der formellen Behandlung zweier in der geheimen Sitzung gestellten Anträge zur Geschäftsordnung. Der Vizepräsident ertheilt das Wort dem Redner zum Ausgleichsprojekt, dem Polen Jedzredowicz. (Stürmischer Beifall rechts. Widerspruch links.) Unter fortwährendem Tumult, Schreien und auf die Pulte klopfen links bald Jedzredowicz seine Rede, welche von Beifall auf der Rechten begleitet wird. Gleichzeitig spricht der deutsch-sozialistische Abg. Riemann auf der Linken. Der Tumult hält an und wird immer heftiger. Abg. Jedzredowicz schließt seine Rede. Der Vizepräsident unterbricht unter stürmischen Zurufen die Sitzung; die Unterbrechung dauert bis 7 1/2 Uhr, worauf der Vizepräsident die Sitzung wieder eröffnet. Abg. Riemann beantragt Schluß der Sitzung und namentliche Abstimmung hierüber. Der Vizepräsident erklärt die Sitzung für geschlossen. (Bewegung; lebhafter Beifall links.) Die Sitzung dauerte ungefähr 27 Stunden; während der Unterbrechung wurde der polnische Abg. Blazowski ohnmächtig und mußte gelobt werden. Nächste Sitzung Donnerstag.

Paris, 29. Oktober. Die Deputirtenkammer nimmt den Gesetzentwurf betreffend das Uebereinkommen mit Japan an und lehnt den Antrag Goblets auf Wiederherstellung des Eisenkontinents in Erwägung.

Der dritte Kongress der Gastwirthsgehilfen Deutschlands.

Des Kommerzes und Balles wegen, der vom Donnerstag Abend an die Teilnehmer bis zum frühen Morgen zusammengehalten hatte, fiel die Freitag-Morgensitzung aus. Die Beratungen wurden Freitag Nachmittag 3 Uhr fortgesetzt, und stand zunächst noch die Behandlung der Prozent-Arbeits-Frage auf der Tagesordnung. Es fand heute noch eine ausgedehnte Debatte über diese Frage statt, an der sich als Hauptredner Fröhlich-Hamburg, Reiske, Böhm, sowie Sellmer-Hamburg beteiligten. Der Gesamtbeschluss des Kongresses in der Frage wurde schließlich durch Annahme der bereits gestern im „Vorwärts“ abgedruckten Resolution Ausdruck gegeben.

Der letzte Tagesordnungspunkt war ein Vortrag des Genossen Böhm über den Arbeiterschutz im Gastwirths-Gewerbe. Der Referent ging namentlich auf die bereits vor vier Jahren von der Kommission für Arbeiterstatistik vorgenommenen Erhebungen ein, und hob besonders die Stellung der Gastwirths-Berufe und der übrigen Vertreter der Prinzipalinteressen bei jenen Erhebungen heraus. Diese Kreise haben damals fast ausnahmslos jeden Arbeiterschutz im Gastwirths-Betrieb für vollständig überflüssig erklärt, wogegen besonders der Verein Berliner Gastwirths-Gehilfen in seinen Antworten auf die gestellten Fragen und seinen Gutachten energisch die Interessen der Gehilfenschaft vertreten hat. Der Redner legte dar, dass die Sozialpolitik gerade augenblicklich in Deutschland arg ins Stocken gerathen ist; er sei aber doch der Meinung, wenn von Seiten der Arbeiterschaft nach dieser Richtung genügend gedrängt werde, dass dann die Arbeiterschutz-Gesetzgebung doch nicht gänzlich versacken werde. In diesem Sinne legt der Referent dem Kongress die folgende Resolution vor:

In Erwägung, dass bei Verletzung des „Arbeiterschutzgesetzes“ im Jahre 1891 der damalige Handelsminister v. Berlepsch im Reichstage die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit im Gastwirths-Gewerbe anerkannt und versprochen, diese durch die Einbringung eines „Spezialgesetzes“ herbeiführen zu wollen;

in weiterer Erwägung, dass die seitens der Reichsregierung vorgenommenen Erhebungen die Verächtlichung der Klagen der gastwirthschaftlichen Arbeiter in volstem Umfange bestätigt haben; in Erwägung endlich, dass selbst das Reichsgesundheitsamt in seinen von der Reichsregierung eingeforderten Gutachten sich für eine Regelung der Arbeitszeit im Gastwirthsgewerbe ausgesprochen hat;

beschließt der dritte Kongress der Gastwirths-Angestellten Deutschlands, das Bureau des Kongresses zu beauftragen, der Reichsregierung die Einbringung des bereits vor 6 Jahren gegebenen Versprechens in Erinnerung zu bringen.

Die bestgeeignete Form, diesen Zweck zu erreichen, ist nach der Ueberzeugung des Kongresses die, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, bei der ihr passend erscheinenden Gelegenheit und in der ihr gut dünkenden Form, die Wünsche der Gastwirths-Angestellten zur Sprache zu bringen.

Diese Resolution wird nach sehr kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Nachdem als Sitz der Leitung des neugegründeten Verbandes bereits Berlin gewählt ist, wird zum Sitz des Ausschusses, der die Thätigkeit des Vorstandes zu überwachen hat und als Beschwerdekommision fungirt, Hamburg bestimmt.

Die Wahl des Vorsitzenden wird wegen der Schwierigkeit der Personfrage für diesmal der Filiale Berlin übertragen; als Verbandskassirer wird Ströhliger gewählt.

Es ergreift dann der Genosse Millarg das Wort, um dem Kongress die Größe der Berliner organisierten Arbeiterschaft zu überbringen und die Sympathie der Berliner Arbeiter mit den Bestrebungen der Arbeiterbewegung auszudrücken.

Der Genosse Gery aus Hamburg dankt im Namen der auswärtigen Delegirten den Berliner Kollegen für die freundliche Aufnahme in Berlin, — woraus der Kongress nach einem warmen Schlusswort des Genossen Böhm mit einem Hoch auf die Zentralorganisation der Gastwirthsgehilfen geschlossen wird.

Kommunales.

Das Komitee für die Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen (Vorsitzender Heinz Krüger) hatte sich bekanntlich vor längerer Zeit an den Magistrat gewendet mit dem Ersuchen, ihm zur Errichtung dieses Denkmals aus städtischen Mitteln einen Beitrag zu gewähren. Der Magistrat hatte zur Vorberathung dieser Angelegenheit eine Subkommission eingesetzt, welche gestern im Kollegium Bericht erstattete. Eine Beschlusseffassung wurde aber im Hinblick auf den in der Donnerstags-Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung eingebrachten Antrag; die Versammlung möge den Magistrat ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation in der Frage wegen Errichtung eines Denkmals verhandeln, aufgesetzt, und soll seitens des Magistrats der Versammlung, falls letztere einen dahingehenden Beschluss fassen sollte, die Bereitwilligkeit hierzu ausgesprochen werden.

In der gestrigen Magistrats-Sitzung sind die Magistratssekretäre Julius Meyer, Paul Meißner und Senß zu Ober-Stadtssekretären ernannt worden.

Für die im Dezember zu eröffnende Hülfs-Krankenanstalt in der Wittschierstraße ist als leitender Arzt Professor Dr. Litten vom Magistratskollegium gewählt worden.

Lokales.

Achtung, zweiter Wahlkreis! Im Lokale von Zubeil, Lindenstr. 106, findet am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer einen Vortrag halten wird. Nachher gemütliches Beisammensein. Zahlreiche Beteiligte sind erwünscht. Die Vertrauensperson.

Nach Polizei und Staatsanwalt ruft der Innungsverband des Reichs-Baugewerksmeisters in einer an den Bundesrat, das Reichs-Präsident und die Staatsministerien der Bundesstaaten gerichteten Eingabe. Die Behörden werden nicht etwa angegriffen gegen Bauleiter, die, indem sie die erforderlichen Schutzvorrichtungen auf Bauten außer acht lassen, Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden; auch nicht gegen solche Bauunternehmer, welche die Arbeiter um ihren fauer verdienten Lohn prellen; die Sicherheitsorgane sollen vielmehr mobil gemacht werden gegen die Arbeiter, die sich herausnehmen, von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht einen wirksamen Gebrauch zu machen und dadurch allerdings den Herren Innungsverbands recht unbedeuten. Die Baugewerksmeister, vor allem die von Herrn Felisch geführten Berliner Innungsbrüder, haben, wie wir vor einiger Zeit schon kurz mittheilten, herausgefunden, dass das Ausschließen von Streikposten an gesperrten Bauten und das Fernhalten des Zugangs von außerhalb durch Ausübung der Bahnhofskontrolle recht geeignete Mittel zur Durchführung von Streiks sind. Bekanntlich hat die Polizei diese Thätigkeit streikender Arbeiter stets nach Möglichkeit erschwert und oft genug mußte der von unseren Juristen mit großer Virtuosität gehandhabte Grobe Unfug-Paragraphen herhalten, um Streikposten und

Bahnhofskontrolleure zu bestrafen. Das genügt aber den zopfigen Innungsmeistern noch nicht. Sie suchen den Behörden klar zu machen, daß die Polizei doch nicht in allen Fällen die Streikposten lassen könne, daß also die bestehenden Gesetze nicht ausreichen zum Schutz der Ausübungsfreiheit der Unternehmer. Darum müsse Streikposten und Bahnhofskontrolle ausdrücklich durch Gesetz als strafbar erklärt werden. Mit einer an die Woge des uralten Wagens erinnernden Innungsmeister-Hogel wird in dem Schriftstück nachgewiesen versucht, daß solche polizeilichen Eingriffe in die Koalitionsfreiheit keine Verletzung sei, sondern eine Erweiterung der Rechte der Arbeiter sei, indem auf diese Weise die Arbeitswilligen gegen die Streikenden geschützt würden. Damit aber schon auf Grund der bestehenden Gesetze die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter möglichst beeinträchtigt werde, giebt die Eingabe der Innungsmeister den Behörden Rathschläge, wie die Streikenden, namentlich aber die „Streikleiter“ wegen Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Aufreißung und wer weiß was sonst noch belangt und unschädlich gemacht werden könnten. Unter Hinweis auf das Reichsgerichts-Erkenntnis, welches den Verleger, der die gegen den Redakteur erlassene Geldstrafe bezahlt, wegen Begünstigung verurtheilt, ermuntern die Innungsbrüder den Staatsanwalt, gegen die „Streikleiter“ vorzugehen, welche ja auch Geldstrafen und Gerichtskosten für verurtheilte Streikende bezahlen!

Am besten wäre wohl der Baugewerks-Innung und ihren reaktionären Gesinnungsgenossen damit gebietet, daß ein Ausnahme-gesetz gegen Streikende erlassen und zur konsequenten Durchführung desselben Herr Felisch zum Polizeipräsidenten von Berlin oder gar zum Polizeiminister gemacht würde. Wie schwach muß sich doch eine Unternehmer-Organisation fühlen, die ihre Position nur dann gesichert glaubt, wenn jede Regierung der Arbeiter mit dem Polizeiknüppel niedergehalten wird.

Ueber den Freiherren v. Hammerstein und dessen Behandlung im Zuchthaus brachten wir nach der „Volks-Zeitung“ vor einiger Zeit eine Meldung, wonach dem Manne verschiedene Vergünstigungen zu Theil geworden sein sollen. In dieser Angelegenheit sendet nunmehr Wolffs Telegraphenbureau an verschiedene Zeitungen eine Art Berichtigung folgenden Wortlauts:

Gegenüber vielfachen Unrichtigkeiten, welche in einer über den Freiherren v. Hammerstein verbreiteten Notiz enthalten sind, ist festzustellen, daß v. Hammerstein in der Strafanstalt Moabit niemals als „Kant“ geführt worden ist, sich auch nicht in lebendem Zustande befindet und daher mit Ausnahme eines kurzen Zeitraumes, in dem er mit Rücksicht auf eine vorübergehende Körperliche Krankheit inhaftet, in derselben Weise verpflegt wird, wie die übrigen gesunden Strafgefangenen. Ihm steht die Anstaltsbibliothek nach Maßgabe der für alle Gefangenen geltenden Bestimmungen und nicht, wie behauptet wird, „unumfänglich“ zur Verfügung. Ebenso bedarf die Angabe, daß v. Hammerstein vielfach mit seinen Anverwandten in Briefwechsel steht, insofern der Berichtigung, als dieser Verkehr nur mit seiner Ehefrau in der durch die Anstaltsordnung zugelassenen Beschränkung erfolgt. Auch seine Beschäftigung in der Strafanstalt entspricht den hierüber erlassenen Bestimmungen. Die von einem Blatte hieran geknüpften Vermuthungen einer besonderen Bevorzugung Hammersteins entbehrt hiernach der thatsächlichen Begründung.

Vielleicht schafft eine offizielle Darstellung Aufklärung darüber, ob diese „Berichtigung“ zutreffend ist. Daß es zu Anschauungen von der mittelgeheilten Art kommen konnte, ist nur zu erklärlich. Obgleich wegen ehroser Handlungen zu ehroser Strafe verurtheilt, durfte Hammerstein als Zeuge im Stöcker-Prozess in eigener Kleidung erscheinen, während man ehrenhafte Leute, die das Unglück hatten, wegen Preßvergehens zu Gefängnis verurtheilt zu werden, in Ketten durch die Straßen transportirte.

In den Stadtverordnetenwahlen. Vom Vorstand des demokratischen Berliner Arbeitervereins wird uns mitgetheilt, daß der Verein in seiner letzten Sitzung gegen wenige Stimmen folgende Resolution gefaßt hat:

Da bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen Kandidaten einer Partei mit demokratischem Programm nicht zur Wahl stehen, empfiehlt der Berliner Arbeiterverein seinen Mitgliedern, die Wahl der von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Kandidaten zu unterstützen.

Die wenigen Mitglieder, die gegen diese Resolution stimmten, hatten sich für die Aufstellung eigener Kandidaten erklärt. Es wurde in der Sitzung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es außer den Sozialdemokraten niemanden in der Stadtverordneten-Versammlung gebe, der bei den wichtigsten kommunalen Fragen den Standpunkt der entschiedenen Demokratie wahrzunehmen wage.

Die veredelnden Wirkungen eines ganz aristokratischen Vergnügens werden in der „National-Zeitung“ mit einer Anschaulichkeit, wie sie nur von der Begeisterung eingegeben wird, dem Publikum plausibel gemacht. Das Blatt bringt einen Bericht über das vorgerichtige Rennen zu Carlshorst, zu dem die „Offizierskorps unserer und der Potsdamer Kavallerie-Regimenter“ im Kranze ihrer gleich aristokratischen Damen in corpore erschienen sein sollen. Der erhebenste Moment dieses Rennens sah nach der Schilderung des Blattes folgendermaßen aus:

Bei 6000 Metern ist die Pace vorläufig nur mäßig, da heißt es mit den Kräften des Pferdes recht haushalten; wunderwoll werden die ersten Sprünge genommen, da ein Aufschrei: „Kadett“ mit Lt. von Verden ist zu Fall gekommen, Reiter und Hof sind ohne Schaden geblieben. Weiter geht die Reife. „Roll“ mit Herrn Vöckel ist jetzt; aber nur einen Moment liegt der Reiter am Boden, dann erhebt er sich wieder, reitet nach, freilich die Siegeschancen sind verschert; „Vinegar“ bricht nieder; Graf W. Königsmark muß den Steepler anhalten.

Und so weiter. Um die edlen Reiter ist es ja nicht weiter schade, wohl aber sollten sich gesittete Leute einmal für das gequälte Vieh ins Zeug legen, zumal immer dunkel davon gesehelt wird, daß die Rennen zur Veredelung der Pferdezucht dienen.

Die städtische Sparkasse hatte in dem Vierteljahr Juli-September d. J. wieder eine Mehreinnahme von 1 135 259,89 M. Es wurden nämlich eingezahlt 11 005 550,44 M. und abgeboben 9 870 290,76 M., wodurch die Forderung der Interessenten sich auf 197 498 590,88 M. erhöhte, vertheilt auf 568 564 Wähler. Das Gesamtvermögen der Sparkasse belief sich Ende September d. J. auf 215 288 900,86 M.

Um eine ungejähmte Abflutung von etwa eintretenden Betriebsstörungen zu auf der seit einiger Zeit elektrisch betriebenen Straßenbahnlinie Charlottenburg-Berlin (Rupprechtgraben) auszuführen zu können, wird die kaiserliche Ober-Postdirektion mit Zustimmung des Magistrats längs der vorgedachten Bahnlinie auf Kosten der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft eine Fernsprechleitung Mitte nächsten Monats zur Ausführung bringen. Diese Leitung darf nur im Verkehrsinteresse dieser Linie in Benutzung genommen werden.

Von der Verschönerung der Nachfolger Christi. Die Errichtung eigener Pfarrhäuser auf städtische Kosten in allen Berliner Kirchengegenden, wo es an solchen noch fehlt, oder die vorhandenen Gebäude unzureichend sind, gehörte zu dem reichhaltigen Programm, welches die Anhänger der Kirchen-Ordnung von 1873 aufgestellt und dem Magistrat zur Begründung ihrer Millionenforderung vorgelegt hatten. Hierbei in zwei Fällen, bei der Himmelsfabrik- und nun neuerdings wieder bei der Beröbnungs-Kirche die kirchlichen Gemeindebehörden jedoch mit diesem Ansprüche selbst von dem Polizeipräsidenten zurückgewiesen worden.

Die Sonntagruhe im Droschken-Fuhrgewerbe will die Berliner Droschkenbesitzer-Vereinigung aus der Theorie in die Praxis übertragen. In der jüngsten Sitzung der Vereinigung ist nämlich der definitive Beschluss gefaßt worden, in Fällen der Mitglieder Plakate anbringen zu lassen des Inhalts: „Betreffs der Sonntag-

ruhe ist jedem Kutscher gestattet, im Monat zwei bis vier Tage zu Hause zu bleiben, muß dies aber zwei Tage vorher seinem Dienstherrn anzeigen.“ Die Kutscher werden von diesem freundlichen Anerbieten jedenfalls Gebrauch machen, ohne indessen in ihrer Agitation für Erlangung gesetzlicher Ruhepausen zu erlahmen.

Firmenübersichtlung ist bekanntlich nach der Antisemitenpresse eine jüdische Spezialität, während der „deutsche Mann“ solche Dinge nicht kennt. Was soll man nun zu folgender gestern vorgenommenen Eintragung in das Handelsregister sagen?

Pferde- und Verkaufsgesellschaft H. S. v. Bloch. Inhaberin ist Frau Wittmeister Anna v. Bloch geb. v. Winterfeld zu Berlin. Dem Wittmeister Arndt v. Bloch zu Berlin ist Procura ertheilt.

H. S. v. Bloch ist also Frau Anna v. Bloch, nicht Herr Arndt v. Bloch. Ob nun Frau Anna v. Bloch wirklich den Pferdehandel betreiben wird?

Das erforderliche Kapital für die elektrische Stadtbahn ist auf rund 20,5 Millionen Mark veranschlagt. Davon sollen 12,5 Millionen durch Aktien und 8 Millionen durch vierprozentige Obligationen aufgebracht werden. Die Kosten setzen sich zusammen aus 13,8 Millionen für den Bau, 8 Millionen für Grunderwerb, abzüglich 4 Millionen für wieder verwertbare Grundstücke und 1 240 000 M. Zinsen während der Bauzeit.

Das von einem Unternehmer dem lat. Polizeipräsidenten unterbreitete Gesuch um Konzeptionierung dreier Omnibuslinien zur Verbindung des Potsdamer Bahnhofes mit Bahnhöfen Friedrichstraße — 8300 Meter —, des Anhalter Bahnhofes mit Bahnhof Friedrichstraße — 5300 Meter — und des Stettiner Bahnhofes mit Bahnhof Friedrichstraße — 1780 Meter, ist dem Magistrat zur Zustimmung übermittelt worden. Der Fahrpreis für jede der drei Linien beträgt 10 Pfennige.

Das Ermittlungsverfahren in der Mordsache der Prostituirten Zehle soll einen Schritt vorwärts gekommen sein. Während bisher alle der That Verdächtigen schon nach kurzer Zeit von der Kriminalpolizei wieder entlassen wurden, hat sich jetzt der Verdacht gegen eine Persönlichkeit derart verdichtet, daß dieselbe in Untersuchungshaft genommen worden ist. Es handelt sich um den Töpfer Julius Behrendt, einen Mann in reifen Jahren, der mit der Zehle nachweislich längere Zeit im Verkehr gestanden hat. Seitens des Untersuchungsrichters Landgerichtsrath Brandt sind bereits Verladungen an die Zeugen in dieser Sache, und zwar „gegen den Töpfer Behrendt wegen Mordes“ erlassen worden.

Von einer neuen Maschine zur Herstellung von Zigarren weiß die „Deutsche Tageszeitung“ zu berichten. Schon vor längerer Zeit habe ein hiesiges Konfitorium ein belgisches Patent erworben — angeblich für 2 Millionen Mark — das einen erheblichen Fortschritt nach der Richtung der Krasterparnis bedeute. Das Konfitorium arbeitet unter der technischen Leitung eines bekannten hiesigen Zigarrenfabrikanten seit Jahresfrist an der Verwirklichung der belgischen Maschine und hat auch schon große Mengen Maschinenzigarren in den Handel gebracht. Während ein guter Handarbeiter 300 Zigarren an einem Tage herstellt und es wenn er eine Widelmacherin beschäftigt, auf die doppelte Anzahl bringen kann, liefert eine nur von einem Arbeiter bediente Zwillingenmaschine täglich 1600 Stück. Die Maschine, mit der man ein größeres und kleineres Format herstellen kann, verarbeitet auch den Weidel, schneidet das Deckblatt, legt es um und klebt es; der Mann, der sie bedient, hat nur den Tabak zurecht zu machen und der Maschine zuzuführen. Die Gesellschaft will die Maschinen nicht verkaufen, sondern an die einzelnen Fabrikannten vermieten. Wenn sie so einschlagen, wie die Eigenthümer hoffen, so würde die Zigarrenfabrikation etwa vier Fünftel der bisher erforderlich gewesen Arbeitskräfte durch die billigere Maschine ersparen können. — So die unkontrollierbaren Mittelgelegen. Bisher hat die Maschine in der Zigarrenfabrikation eine überaus unbedeutende Rolle gespielt, und vielfach wurde es von Fachleuten als eine Unmöglichkeit bezeichnet, die Handarbeit zu verdrängen. Auch die Mittelgelegen über die neue Maschine werden mit Vorsicht ausgenommen sein.

Schwarze Bande. Die Staatsanwaltschaft ist, der „Voss. Jtg.“ zufolge, augenblicklich mit Erhebungen über das Thun und Treiben mehrerer hiesiger Geschäfte in der Landwehrstraße, Doppelrestraße, am Jüdischen Platz beschäftigt, die verdächtigt worden sind, hiesige und auswärtige Firmen als sog. „Schwarze Bande“ arg geschädigt zu haben. Diese gefährliche Gesellschaft erdöfnete Delikatess-, Butter- und Käsehandlungen, Fischhändler u. s. w., bezog Probenhandlungen, die glatt bezahlt wurden, ließ aber die folgenden größeren Bestellungen unbeglichen. Kam dann der Gerichtsvollzieher, wurde schnell gerückt und anderwärts ein neues Geschäft unter anderer Firma eröffnet. In einem Falle, wo der Gerichtsvollzieher gefaßt hatte, stellte sich später heraus, daß in den als „Lager“ vorhandenen Margarinfässern Kartoffeln, in den Kakaopacketen Sägespähne, in Champagner- und Blöckchen gefärbtes Wasser sich befand. Einer der Verdächtigten ist ein früherer Schuhmann, der vorläufig auch mit Hilfe der Polizei nicht aufzufinden ist.

Vor Hunger umgefallen. Gestern Nachmittag fiel der Musiker Robert Brighon vor dem Hause Adlersstr. 28 bewußtlos nieder und wurde von einem Schutzmann in das Haus gebracht. Hier gab er an, er habe im Krankenhause Moabit krank darnieder gelegen, sei jetzt ohne Beschäftigung, völlig mittellos und habe seit mehreren Tagen keine Nahrung zu sich genommen. Nachdem er durch Hausbewohner mit Kaffee und Brot gefüttert war, konnte er sich in seine Wohnung, Weddingstr. 5, begeben.

Wegen Mordes ist in Altona eine den Berlinern nicht unbenannte Persönlichkeit, der Kohlenhändler und Arbeiter Ballmann, festgenommen worden. Ballmann verurtheilt vor etwa zwei Jahren, dadurch aufzufallen, daß er auf der Fahrt von Hamburg nach Berlin mit einem Revolver nach einem auf der Plattform stehenden Manne schoß. Er wurde nach der Ankunft des Juges in Berlin verhaftet und später nach Altona übersetzt, mußte jedoch freigelassen werden, weil seine Behauptung, er habe mit dem Revolver gespielt und die Waffe sich von selbst entladen, nicht zu widerlegen war. Jetzt wird Ballmann beschuldigt, seine Frau erschlagen zu haben. Die letztere wurde in ihrer Wohnung in Altona mit schweren Verletzungen am Kopf und Strangulationsmarken am Hals todt aufgefunden. Ballmann giebt zwar zu, seine Frau mißhandelt zu haben, weil dieselbe ihm untreu war, bestreitet jedoch den Vorwurf der Tödtung.

Von seinem eigenen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde der Kutscher eines Arbeitswagens aus Friedrichshagen auf der Warschauer Brücke. Die Räder gingen dem Unglücklichen über die Brust. Er wurde in nahezu hoffnungslosem Zustande mittels des hiesigen Krankenwagens nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schusswaffe hat die 28 Jahre alte Frau des Bauwärters Bredow aus der Schönholzerstraße 4 in schwere Lebensgefahr gebracht. Bredow ließ, als er morgens vom Nachtdienste heimkehrte, seinen geladenen Revolver in der Wohnstube auf dem Tische liegen. Damit sie nicht den Kindern als Spielzeug in die Hände falle, nahm seine Frau die gefährliche Waffe vom Tische weg, um sie bei Seite zu legen. Hierbei nahm sie an dem Revolver Hockfleck wahr und bemühte sich, diese abzuwischen. Plötzlich krachte ein Schuß und eine Kugel drang der unvorsichtigen Frau in den Kopf. Im Krankenhause, wo ihr das Verbrechen aus dem Wundkanal herausgeschnitten wurde, zweifelte man zunächst an ihrem Aufkommen; jetzt ist jedoch eine Wendung zum Besseren eingetreten.

Urania. Laut Eintragung in das hiesige Handelsregister ist an stelle des ausgeschiedenen Dr. Wilhelm M. Meyer Herr Meißner Valentin Weisbach, der durch bedeutenden Aktienbesitz an dem Unternehmen beteiligt ist, Direktor der Gesellschaft Urania, Geh. Re-

Stellungsrath Prof. Dr. Wilhelm Förster Stellvertreter des Direktors geworden.

Theater. Otto Erich Hartleben's neues einaktiges Drama 'Abchied vom Regiment' ist soeben vom Direktor Braun zur Aufführung für das Deutsche Theater angenommen worden; das Werk erscheint im Bühnenverlage von Eduard Bloch in Berlin. — In der am Montag im Friedrich-Theater zum ersten Male in Szene gehenden Komödie 'Alpen der Wohlthat', welche die von der Jury verbotene gewesen ist, liegen die Hauptrollen in Händen des Damen Eld, Schönberr, Bergmann, Weid, Grigo, Pauli, Winter; der Herren Dill, Jürgens, Bock, Pauli, Witschler, Böttner, Bösch, Reimer und Kinder. Hof. Till hat das Stück in Szene geleitet. Heute findet vorläufig die letzte Aufführung von 'Die Weistadter' statt. Sonntag Nachmittag 'Jugendbräutigam' zu halben Preisen, abends auf vielfältigen Wunsch 'Am Meer'.

Kriegerbericht. Donnerstag Abend 7 Uhr waren Schulstraße 53 beim Anfallen einer Petroleumlampe Kleidungsstücke in Brand gerathen, der jedoch noch vor dem Eintreffen der Wehr gelöscht wurde. Gegen 10 Uhr brannte Kriemlerstr. 2 die Schalkende, wodurch auch das Haus beträchtlich beschädigt wurde. Freitag früh 4 Uhr erfolgte Alarm nach Kottbuser Dam 100, wo in einer Leinwandfabrik ein Brand ausgebrochen war, der sich über drei Etagen erstreckte und den Wehren von Berlin und Nizdorf viel zu schaffen machte. Nachdem das Feuer zum Stehen gebracht war, wurden die weiteren Etagen und Anfrümmungsarbeiten der Nizdorfer Wehr überlassen. Die betroffene Goldleinenfabrik hat beträchtlichen Schaden zu erleiden. Am 5. d. M. wurde die Wehr nach Klungestraße 10 gerufen, um ein Pferd aus einer Grube herauszuholen. Nachmittags 3/4 Uhr waren Steinmehlfabrik 61 Kleidungsstücke in Brand gerathen, der aber noch rechtzeitig ausgegossen werden konnte. Endlich erfolgte um 5 Uhr noch ein Alarm nach Kommandantenstraße 14, wo Wodenverschläge in Flammen standen. Fußboden und Wollenlage wurden mit zerstört und das Haus auch sonst noch erheblich beschädigt.

Aus den Nachbarorten.

Das Opfer der Pflanzpädagogik. Die tödtlich verlaufene Mißhandlung eines Schöneberger Schülers durch seinen Lehrer hat wie im Publikum, so auch bei den Schulbehörden und nicht zum mindesten unter der gesamten Lehrerschaft und des Ortes peinliches Aufsehen und große Erregung verursacht und beschäftigt ist die ganze Schöneberger Schulkreise in sehr lebhafter Weise. Am Mittwoch fiel in sämtlichen öffentlichen Schulen des Ortes der Unterricht aus und fand unter dem Vorsitz des Kreis-Schulinspektors Superintendent Borberg eine allgemeine Konferenz der Schulkommission, der gesamten Lehrerschaft und auch der Geistlichen (was sollten die denn dabei?) von Schöneberg statt, in welcher der bewußte Vorfall und überhaupt die Schülerverletzungen behandelt wurden. Doch werden die Besprechungen dieser Konferenz streng geheim gehalten, so daß darüber noch nichts Näheres verlautet. Der unparteiische 'Volksanzeiger', der ja eine seiner Hauptaufgaben darin sieht, Ordnung und Autorität dadurch zu stärken, daß er alle von bestimmter Seite verübten Unschlichkeiten entweder todtstillschweigend oder beschönigt, hat auch in diesem Falle den traurigen Muth gefunden, die Akzisse so darzustellen, daß es den Anschein haben könnte, als ob dem Knaben seitens des Lehrers kaum etwas gethan worden und dieser an einer — Magenkrankheit gestorben sei. Die wahre Todesursache wird allerdings erst die gerichtliche Obduktion ergeben. Bis dahin aber gelten die ärztliche Atteste und der Todtenschein, in denen ausdrücklich angegeben ist, daß der Knabe sinderliche, blutunterlaufene Striemen, Magenbeschwerden und Erbrechen infolge von Mißhandlung gehabt habe, und daß er an Bauchfellentzündung infolge innerer Verletzung durch Mißhandlung gestorben sei. Im übrigen ist es in Schöneberg 'stattdesamt', daß eine ganze Anzahl besonders jüngerer Lehrer vom Pflanzpädagogik den ausgiebigsten Gebrauch machen und auch in ihren Ansprüchen gegen die Schüler das zulässige Maß oft überschreiten. Mit Beschönigen und Todtschweigen ist über den Schülern wie auch ihren Eltern schlecht gedient und wir werden daher den wahren Sachverhalt des Falles Richard nach unparteiischen Aussagen genau feststellen.

Zu der Beschönigung der That, die sich der Lehrer hat zu schulden kommen lassen, und zu der weiteren Darstellung des 'Volksanzeigers', daß der Tod des mißhandelten Kindes durch 'Magenbeschwerden' hervorgerufen sei, wird von der unglücklichen Mutter des todtten Knaben, der in der Hohenfriedbergstraße 6 wohnhaften Frau Dora Fischer, die folgende Erklärung abgegeben: Unser Sohn Rudolf hat niemals an Magenbeschwerden gelitten, hat auch niemals eine Magenkrankheit gehabt! Im Gegentheil ist derselbe durch und durch gesund gewesen und hat außer Magen überhaupt keine Krankheit gehabt. Die Schläge, welche derselbe in der Schule erhalten hat, sind außerordentlich schwere gewesen, denn sie haben, wie das Attest unseres Arztes, Dr. med. Hertzfeld, Wollowstraße 47/48, ausdrücklich anführt, fingerdicke, blutunterlaufene Striemen hinterlassen. Es ist nicht anzunehmen, daß so schwere Erscheinungen auf die Anwendung eines 'dünnen Hohenfrieds' zurückzuführen sind. Im übrigen ist auch nicht gesagt worden, daß der Tod unseres Kindes durch die Stockhiebe herbeigeführt ist. Derselbe ist nach unserer Vermuthung vielmehr durch das Versen aber die Tischlante verursacht worden. Durch das heftige Herrens des Lehrers hat sich das Kind schwere innere Verletzungen zugezogen, welche schließlich zu einer Bauchfellentzündung geführt haben. Der von Herrn Dr. Hertzfeld angegebene Todtenschein betont ausdrücklich: 'Bauchfellentzündung infolge innerer Verletzung durch Mißhandlung!' Auf Grund dieses Todtenscheines und des ärztlichen Attestes, welche wir einreichen mußten, wurde die Leiche unseres Kindes von der Staatsanwaltschaft am Sonntag den 24. Oktober beschlagnahmt und am Dienstag früh wurde sie polizeilich abgeholt. Unrichtig ist ferner auch die Behauptung, daß der Rektor die Anzeige an die obere Schulbehörde sofort nach Bekanntwerden der Krankheit des Kindes erstattet hat. Wir haben bereits am Donnerstag, den 14. d. M., gegen 10 Uhr vormittags dem Herrn Rektor Pieple den Vorfall angezeigt, nachdem wir bereits am Tage vorher Herrn Lehrer Richard Mittheilung davon gemacht hatten. Herr Rektor Pieple verlangte ein ärztliches Attest, welches ihm schon am 15. d. M. zugestellt wurde. Erst am Donnerstag, den 21. Oktober, kam Herr Rektor Pieple mittags zwischen 12 und 1 Uhr, nachdem er vorher vergeblich dazu angefordert worden war, in unsere Wohnung, um sich von dem Krankheitszustande des Kindes zu überzeugen. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend starb bereits der Knabe. Am Freitag ist der Lehrer Richard noch in der Schule thätig gewesen. Die Anzeige an die Schulbehörde ist also acht Tage nach erfolgter Erkrankung erstattet worden.

Die vom Stadtrath Camter in Charlottenburg gegen sich selbst beantragte Einleitung des Disziplinarverfahrens ist vom Regierungspräsidenten abgelehnt worden.

Von seinem eigenen Hause abgeführt ist der in Schöneberg wohnhafte Maurermeister Aug. Colosser, Wietlandstraße 55, der neben seinem Hause einen Neubau anführt. Er zog sich einen Arm- und Beinbruch, sowie innere Verletzungen zu.

Achtung, Nizdorf! Heute Abend 8 Uhr veranstaltet der polnisch-sozialdemokratische Distriktsklub 'Jaroslaw-Dombrowski' in Hoffmann's Hofkaffee, Bergstr. 151/152, sein fünftes Stiftungsfest, verbunden mit Konzert, Theater und Tanz. Um zahlreichen Besuch bittet das Komitee.

Ueber die geplante Einführung der Gasautomaten kann folgendes mitgetheilt werden: Vorläufig sind acht von verschiedenen Firmen hergestellte automatische Gasometer von dem Rechnungsamt geacht und probeweise von den Berliner Gasanstalten in Gebrauch genommen worden. Von der Aufstellung der Gasautomaten kann es die Rede sein, wenn auch in Berlin, wie das in Charlottenburg bereits der Fall ist, ein Einheitspreis des Gases sowohl für Versorgung wie für Koch- und Heizwecke eingeführt sein wird.

Endlich sind bei der Aufstellung von Gasautomaten, die namentlich den sogenannten kleinen Leuten zu gute kommen sollen, besondere Rücksicht für die Kochherde nöthig, eine Anlage, deren ziemlich bedeutende Kosten man nicht den Abnehmern zumuthen könne, sondern die von der Gasanstalt getragen werden müssen. Hierüber sowie über die anderen in betracht kommenden Fragen sind die Verhandlungen bereits im Gange.

In einem recht deutschen Kampfe für Ordnung, Religion und Sitte sollen in Spandau zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen die Militärvereine aufgetrieben werden. Der Vorstand des deutschen Militärvereins, Bezirk 7 in Spandau, hat nämlich den Beschluß gefaßt, daß diejenigen Vereinsmitglieder, welche bei der Stadtverordnetenwahl ihre Stimme für einen Sozialdemokraten abgeben, aus dem Militärverein ausgeschlossen werden sollen. Diese Bekämpfung deutscher Heldegröße ist in einer Zeit, wo die Sozialisten einer ähnlichen Verheerung ausgeheißelt sind, wie die ersten Christen unter den römischen Kaiser, ja nicht besonders auffallend. Wohl aber verdient die Frage eingehende Beachtung, wie die Vorstände der Militärvereine sich denn über die 'Schuld' der von ihnen mit der Wählerregulierung bedrohten Mitglieder unterrichten wollen? Erwarten sie vielleicht, daß der Magistrat, der schon einmal für dazu herangezogen hat, die Mitglieder des Arbeiter-Bezirksvereins der Diktation der Militärvereine einzurücken, auch ihnen in ähnlicher Weise geistig sein wird? Was dem auch sei, die Arbeiterschaft von Spandau wird sich allen solchen Nachstellungen zum Trotz nicht abhalten lassen, wacker für ihre Interessen einzutreten. Dazu ist die Arbeiterbewegung denn doch zu groß geworden, als daß ihr vom Kriegervereins-Patriotenthum ein Bein gestellt werden könnte.

Aus den Spandauer Militär-Verhältnissen. Uns geht folgender Bericht über die Arbeitsverhältnisse in diesen Militär-Verhältnissen zu: In der Artillerie-Verkstatt im Betriebe C 4 sind seit einiger Zeit drei Feldschmieden aufgestellt. Im gleichen Raum arbeiten ungefähr 300 Schlosser. Nun fehlt hier vollständig die Einrichtung zu einer Schmiede-Verkstatt, so daß der Arbeiter kaum Bedarf mit Rauch und Gasen angefüllt ist, daß den Schlossern das Arbeiten zuweilen zur Unmöglichkeit wird. Der Arbeiter-Ausschuß wandte sich eines Tages an die Diktation mit dem Ersuchen, daß wenigstens Abzugsklappen eingerichtet würden. Die Antwort von oben her lautete, daß kein Bedürfnis hierzu vorhanden wäre. Darauf fandte der Arbeiterausschuß eine mit den Unterschriften sämtlicher Arbeiter versehene Petition an die Diktation ab. Seitdem sind 14 Tage verstrichen, ohne daß eine Antwort eingegangen oder gar der Rebellstand beseitigt worden wäre. Eine Minderung that aber dringend noth, da es zum Winter der Ralte wegen nicht gut möglich ist, die Fenster zu öffnen und der Rebellstand dann erst recht fühlbar wird. Es ist ferner noch zu berichten, daß in mehreren Betrieben immer noch zwölf Stunden gearbeitet wird, im Widerspruch mit der all-gemein verbreiteten Meinung, daß laut einer ministeriellen Bestimmung vom 1. Juni ab die Arbeitszeit nicht länger als zehn Stunden dauern solle.

Der Magistrat von Charlottenburg hat gestern auf den Antrag der Krankenhaus-Deputation beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung zu empfehlen, daß in allen Fällen von nachgewiesener Tuberkulose die Desinfektion kostenlos bewirkt werde, ebenso wie dies seit dem 1. April 1895 in allen den Krankheitsfällen geschieht, in denen die Desinfektion polizeilich vorgeschrieben ist. In Berlin sind wir noch nicht so weit.

Gerihts-Beitung.

Der Justizreformismus gegen Radfahrer. Ein hiesiger Radfahrer hatte seine Maschine auf dem Wege zur Reparaturwerkstätte an einem Abend nach eingebrochener Dunkelheit mit der Hand neben sich gefährt und war dann, weil an dem Wehikel keine leuchtende Laterne angebracht gewesen, in erster Instanz zwar zu 2 M. Strafe verurtheilt, von der Strafkammer aber freigesprochen worden, indem letztere nämlich der Ansicht war, daß die Polizeiverordnungen vom 7. April 1887 und 28. März 1893, welche diese Fahrvertheil-Regeln und die Beleuchtung der fahrenden Wehikel anordnen, für ein Rad, welches gefährt und nicht gefahren wird, nicht zutreffen. Indessen hätte man nicht sagen im Fahrrad, welches sich jemand abends um die Schulter hängt, auch noch erleuchtet werden. Der Strafsenat des Kammergerichts hat nun aber auf die Revision der Staatsanwaltschaft und nach dem Antrage der Oberstaatsanwaltschaft gestern die Verurtheilung aufgehoben und den Angeklagten zu 1 M. Geldstrafe verurtheilt, indem er nämlich der Ansicht war, daß der hier festgestellte Thatbestand unter den Fahrvertheil und somit unter die vorerwähnten Polizeiverordnungen falle, da sich nämlich die Räder des Fahrrades auf dem Pflaster fortbewegt hätten, und sonach thatsächlich ein fahren statgefunden habe. Darnach hätte auch dieses derart fortbewegte Fahrzeug erleuchtet sein müssen.

In dem zwischen dem Privatdozenten Dr. Casper und Dr. Nihe entbrannten Streit sind die vor dem Schöffengericht geführten Verhandlungen gestern beendet worden. Der Gerichtshof verurtheilte Dr. Nihe zu 300 M. Geldstrafe und sprach dem Kläger die Publikationsbefugniß im 'Centralblatt für Chirurgie' und in der 'Berliner Klinischen Wochenschrift' zu. Der Gerichtshof hielt in keiner Weise für erwiesen, daß Dr. Casper Diebstahl an geistigem Eigentum begangen habe und ebenso wenig sei erwiesen, daß Dr. Nihe seinem Gegner sein Instrument gezeigt habe; dem Gerichtshof sei es schwer geworden, in diesem Punkte dem Dr. Nihe noch guten Glauben zuzubilligen und nicht den § 187 in Anwendung zu bringen. Bei der offensichtlichlichen Absicht der Ehrenrettung sei ihm der Schutz des § 193 nicht zugebilligt worden. — Auf die Widerklage wurde Dr. Casper zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Kosten wurden zu 1/4 dem Dr. Nihe, zu 1/4 dem Dr. Casper aufgelegt.

Polizei und gerichtliche Urtheilsprüche. Wie nothwendig es ist, daß die in betracht kommenden Polizeibeamten unter Umständen persönlich für den Schaden haftbar gemacht werden, der Dritten durch bestimmte, von den Beamten eingeleitete Prozesse erwächst, das lehrt so recht das Verfahren, welches immer noch gegen hiesige Wirthe wegen angeblicher Ueberretung der Verordnungsverordnung beliebt wird. Die polizeiliche Handhabung der Sonntagstrube bringt den Wirthen und Sozialisieren u. s. w. fortgesetzt großen Schaden, trotzdem das Schöffengericht in der letzten Zeit in fast allen Fällen, in denen es sich um 'Verhöfe' gegen die neue Polizeiverordnung handelte, auf Freisprechung der Angeklagten erkannt hat. Die Vorstehenden von Vereinen, welche in geschlossenen Räumen eine Privatspektakel abhalten und z. B. an dem ersten Tage eines der großen Feste nach 12 Uhr Mitternacht noch ein kleines Vergnügen veranstalten, werden nämlich regelmäßig mit einem polizeilichen Strafmandat von 5 M. bedacht, gegen das sie auf Veranlassung und auf Kosten der Wirthe bzw. des Vereins der Berliner Saalbesitzer stets richterliche Entscheidung beantragen. Obgleich sie nun in dem angegebenen Falle immer eine Freisprechung erzielen, werden ihnen doch die erheblichen Anwaltskosten auferlegt, welche die Höhe des polizeilichen Strafmandats in der Regel um mehr als das Sechsfache übersteigen. So hat der 'Verein der Saalbesitzer' z. B. für einen Wirth, in dessen Lokalitäten nach einander die Vorstehenden von vier verschiedenen Vereinen das Geseh über die Sonntagstrube in der angegebenen Weise übertreten haben sollten, die vom Gericht aber sämtlich freigesprochen worden waren, in jedem einzelnen Falle ungefähr 32 M. Anwaltsgebühren, nämlich 30 M. für die Vertheilung und den Rest für Schreibgebühren u. s. w. zahlen müssen. Vergewiss hatten die Anwälte, ohne die ein solcher Prozeß nicht gut zu führen ist, jedesmal den Antrag gestellt, die Kosten für die Vertheidigung der Staatskasse oder dem Beamten, welcher die Denuntiation erstattet hat, aufzuerlegen; das Gericht wies diese Anträge stets zurück.

Keine falsche Steuerdeklaration. Wegen Verletzung des § 66 des Einkommensteuer-Gesetzes von 1891 fanden die Herren H. und G. unter Anklage. H. hatte in seiner Berufung gegen einen Deklarationsbescheid bei der Darlegung seiner Einkommensverhältnisse verschwiegen, daß er eine freie Wohnung habe. Das Landgericht nahm ein willkürliches Verschweigen an und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe. Der Berufte ergriff dagegen das Rechtsmittel der Revision. Nächstlich lag der Fall des anderen Angeklagten. Bei beiden war aber die verschwiegene Summe so niedrig, daß ihre Berücksichtigung bei der Einschätzung die Angeklagten in keine höhere Steuerstufe gebracht hätte. Das Kammergericht sprach die Angeklagten frei. In dem wichtigsten Verschweigen eines Einkommensbetrages sei nur dann ein strafbares Vergehen gegen den § 66 des Einkommensteuer-Gesetzes zu sehen, wenn es geeignet sei, die Steuer zu verkürzen.

Verfammlungen.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission hielt am Donnerstag im Voulensstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16, eine gut besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 'Der Riesenkampf der englischen Maschinenbauer und die Stellung der Berliner Gewerkschaften dazu.' Nachdem Elsin in eingehender Weise über die große englische Arbeiterbewegung berichtet hatte, fand eine kurze Diskussion statt, in der besonders betont wird, daß solche Gewerkschaften, die schon Sammlungen zu Gunsten der englischen Maschinenbauer eingeleitet und betrefis der Uebermittlung des Geldes andere Bestimmungen getroffen haben, als es in der unten abgedruckten Resolution geschieht, in dem von ihnen eingeleiteten Verfahren keine Milderung brauchen eintreten zu lassen. — Die folgende vom Referenten vorgelegte Resolution wird mit Einstimmigkeit angenommen:

Die heute versammelten Vertreter der Berliner Gewerkschaften sprechen den um den Achtkundentag und um die Erhaltung der Koalitionsfreiheit eintenden englischen Maschinenbauern ihre volle Sympathie aus.

Die Vertreter der Berliner Gewerkschaften verpflichten sich, mit ganzer Kraft für die moralische und materielle Unterstützung der kämpfenden Brüder in England einzutreten.

Zur Durchführung dieser Resolution beschließt die heutige Versammlung, daß alle Gewerkschaften Berlins, soweit es nicht schon geschehen ist, unverzüglich Sammlungen vorzunehmen haben, deren Resultat an die Gewerkschaftskommission abzuliefern ist, und durch den Sekretär derselben an die englischen Arbeiter übermitteln wird.

Diese Sammlungen unterliegen der Kontrolle der Gewerkschafts-Kommission.

Es werden sodann zur Neubildung der Kassensführung der Gewerkschafts-Kommission vier Revisoren gewählt, und zwar: Kaufmann Hinz, Bureauvorsteher Tausiger, Zimmerer Fischer und Metallarbeiter Berger. Eine Angelegenheit der Handels-Hilfsarbeiter, betreffend Anerkennung ihrer Delegirten, wird dem Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission überwiesen, ebenso die Beschäftigung mit der angeblichen Aussperrung im Schuhmacher-gewerbe. — Frau Gubela sucht sich zu vertheidigen gegen den ihr öffentlich vom Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission gemachten Vorwurf, daß sie vom Konfektionsarbeiter-Strerk noch nicht Abrechnung gelegt habe. Sie stellt das Annehmen an sämtliche Delegirte, eine demnachst von ihr einzuberufende Versammlung zu besuchen, wo sie Abrechnung legen werde. Man geht über die Mittheilung zur Tagesordnung über. — Die Verlesung der Präferenzliste ergibt das Fehlen der Vertreter folgender Branchen: Gärtner, Glaser, Studateure, Staker, Xylographen, Zinkgießer und Bohrer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In einer Branchen-Versammlung der Korbmacher, die am Donnerstag Abend tagte, wurde eine Vertretung dieser Branche innerhalb des Verbandes gewählt, die sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: Pock, Malter, Bösch, Wiermann, Giesel und Glöckner. An dem Strerk der Korbmacher sind 19 Mitglieder betheiligt und wurde die Situation als günstig bezeichnet; sodann beschloß die Versammlung, daß jedes in Arbeit stehende Mitglied 5 pCt. des Arbeitsverdienstes an den Strerkfonds abzuführen hat.

Freikirchliche Gemeinde. Sonntag den 21. Oktober, vorm. 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Reife- und Kommodantstr. 37: Versammlung. Predigtliche Vorträge. Um 11 Uhr vorm. ebenfalls Vortrag des Herrn Wilhelm Bösch: 'Die Vorläufer Darwins'. Sollte willkommen.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Abhaltung Berlin, Sonnabend den 20. Oktober 1897, 8 1/2 Uhr abends, Gruppe für ethische Bildung: Prof. Bruno Weiler: 'Ehrit und Keuschheit in ihrem gegenseitigen Verhältnis'. Referent: Dr. H. Kronenberg.

Stichtagsverein 'Nichte Licht'. Sonntag den 21. Oktober, abends 7 Uhr: Versammlung. Vortrag: 'Das Problem der menschlichen Willensfreiheit'. Referent: Herr Dr. Geol. Tiefstufien. Darauf gefolgtes Beisammensein.

Einflügel-Verein. Heute Abend 8 Uhr, Wollweberstraße 15: Versammlung. Vortrag des Herrn Wollweber über die heutige Stellung der Frau. Damen haben Zutritt.

Verband der Hülfsarbeiter. Sonntag den 21. Oktober, nachm. 4 Uhr, Vortrag des Herrn Direktors G. S. Reichenhald: 'Ueber die Gewohnheit der Hülfsarbeiter'. Im Vortragssaal der Dreption-Straße.

Verein der Metallarbeiter. Sonntag den 21. Oktober, nachm. 4 Uhr, Vortrag im Saal der Dreption-Straße vom Herrn G. S. Reichenhald, Direktor. Nichtmitglieder haben Zutritt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür zu begeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Zu der Sprechsaal-Notiz in Nr. 252 hat der Unterzeichnete folgendes zu bemerken:

In der Nr. 198 des 'Vorwärts' ist eine Annonce enthalten, in welcher der Vorstand der Filiale IV der Ladrer auffordert, an einer Herrenpartie nach der Alten Fischerbütte, Schleierensee, theilzunehmen. Da das Lokal für Vereine und geschlossene Gesellschaften gesperrt und nur für den Einzelverkehr frei ist, nahm ich Gelegenheit, Genossen Rautenhaus auf diesen Fehler aufmerksam zu machen. Rautenhaus, der jetzt den Sprechsaal-Kritik unterzeichnet, erklärte mir, er wäre selbst gegen den Besuch dieses Lokals gewesen, wäre aber durch eine gewisse gegen ihn gerichtete Opposition unter seinen Kollegen überstimmt und zur Aufgabe besagter Annonce bestimmt worden. Als ich in der Parteiversammlung des dritten Kreises beim Bericht der Lokal-Kommission diesen Fehler der Ladrer rügte, war Rautenhaus zugegen, hatte also Gelegenheit, sojchlich die angebliche Unrichtigkeit meiner Ausführungen festzustellen; er unterließ es aber. Wie er nun behaupten kann, die Gewerkschaft der Ladrer habe noch nie Vergünstigungen in gesperrten Lokalen abgehalten, ist mir unerfindlich.

Witterungsüberblick vom 29. Oktober 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1 — 12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (9/16 = °F.).
Swinemünde	773	SO	3	wollig	5
Namberg	772	SO	3	Rebel	2
Berlin	773	SO	3	halb bedeckt	3
Bielefeld	772	O	2	bedeckt	1
München	772	W	3	Rebel	1
Wien	775	SW	—	Rebel	—
Papayamba	781	SE	2	wollig	4
Peteraburg	766	SW	2	wollig	6
Cort	769	SO	7	wollig	14
Aberdeen	765	SO	1	bedeckt	9
Paris	769	SO	1	Dunst	1

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. Oktober 1897. Etwas wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolfig, bei mäßigen südlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Schein nicht zu thun. Zahlen müssen Sie bei Ausübung des Scheins...

rungs-Vereine sind nach dem preussischen Gesetz vom Mai 1853...

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten. Generalversammlung...

Bekanntmachung. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten...

Generalversammlung d. Vertreter d. Arbeitnehmer für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse bei Gelb- und Ringelher Berlin.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. verwand. Gewerbe. General-Versammlung am 8. November d. J.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblich. Arbeiter. Mitglieder-Versammlung...

Carl Pehle, 1537b, früherer Wirt, Wocher, 69, empfiehlt sein Bier- und Vorkost-Bier-Local nebst Vereinszimmer.

Achtung! Montag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr: Große Volks-Versammlung in der „Norddeutschen Brauerei“...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Berlin.) Montag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn...

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin.) Montag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung...

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Gesang-Verein „Kreuzberger Harmonie“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.) Sonntag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, in Bickel's Konzerthaus...

Stahlwaaren-Fabrik C. W. Engels in Foche bei Solingen ohne Kaufzwang? portofrei zur Ansicht! Nur 1 Mk. 50 Pfg. per Stück.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin.) Sonnabend, den 6. November cr.: Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert...

Mariendorf Tempelhof. Dienstag, 2. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, bei Gerth in Tempelhof (Vorstrasse): Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins...

Berein deutscher Schuhmacher. Zahlstelle I. Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Kudradsstr. 26: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“. Sonntag, den 31. Oktober, Tour nach Jechendorf bei Dennenburg...

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren recht zu soliden Preisen, empfiehlt H. Strelow, Tischlermstr. Nixdorf, Richardstr. 116, am Denkmahl.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Zür 36 War! fertige feinen Winterpaletot u. Nach für 36 M. K. Rang nach Nach für 8-12 M. K. Winterpaletot nach Nach...

Arbeitsmarkt. Ein größeres Etablissement in Westpreußen sucht 100/170 Werkführer oder Vorarbeiter zum Konstruieren feiner Leisten.

Rundschau.

Smith und Marx im Lichte der „historischen“ Nationalökonomie.

Professor Schmoller's Rektoratsrede, welche gleich nachdem die abgelaufenen Berichte in der bürgerlichen Presse erschienen waren, vom „Vorwärts“ bereits kurz gewürdigt worden ist, liegt jetzt im Druck vor. Man braucht kein Marxist zu sein, um den wunderlichen Eärm, mit dem hier die neuere, von Schmoller selbst vertretene historische Richtung in der Nationalökonomie als die einzig wahre Wissenschaft gefeiert wird, in seiner hohen Wichtigkeit zu erkennen. Die „Frankfurter Zeitung“ zum Beispiel, der wirklich niemand eine Neigung zum Marxismus nachsagen kann, schloß sich, sobald die Rede in ihrem Wortlaut erschienen war, nachdem sie zuerst eine mildere Deutung versucht, im Wesen ganz dem Urtheil des „Vorwärts“ an. „Der größte Theil der Rede, schreibt das Blatt, beschäftigt sich mit der älteren liberalen Lehre und mit der sozialdemokratischen Lehre von Marx u. s. w. In beiden erblickt Schmoller abgethanen wissenschaftliche Standpunkte; abgethan, selbst um das Jahr 1870 herum eine Wendung eintrat. Erst mit dieser Wendung begann die neue wirkliche Wissenschaft von Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft.“ Die Jahre um 1870 herum sind die Zeit, in der Schmoller's erste bekanntere Schriften erschienen. Den Inhalt dieser Schriften haben wir oft genug, wo wir mit ihnen übereinstimmen, gegen mancherlei Angriffe verteidigt. Aber von diesen Schriften Schmoller's und seiner Gesinnungsgeossen erst die wirkliche Wissenschaft von Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft zu datiren, das scheint uns doch eine Ueberschätzung zu sein, die jedes erlaubte Maß übersteigt. Die Rede tritt also nicht für die Gleichberechtigung der wissenschaftlichen Richtungen mit einander ein, sondern sie ist in wesentlichen eine Verteidigung der Kleinbürgerschaft der Schmoller'schen Richtung. Schmoller will die einseitigen Smithianer und Marxisten von den Behauptungen ausschließen, nicht weil sie einseitig sind, sondern wirklich, weil sie Smithianer und Marxisten sind.

Wenn wir hier noch einmal auf die Schmoller'sche Rede zurückkommen, so darum, weil sie, gewissermaßen als offizielles Pronunziament der heute auf den Universitäten herrschenden und offiziell anerkannten historischen Richtung, vorzügliche Gelegenheiten giebt, die „strengen und vervollkommenen Methoden“ den „höheren Standpunkt“ d. d. dieser „wirklichen“ Volkswirtschafts-Wissenschaft an einem konkreten Beispiele uns zu veranschaulichen. Man sollte meinen, daß die Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft, von welcher Schmoller handelt, doch auch ein Gegenstand der Geschichte ist, daß alle die überlegene Erbschaft der historischen Richtung hier die vorzüglichste Gelegenheit hätte, ihr tief eindringendes Verständnis, durch welches sie alles, was früher je geleistet wurde, in den Schatten stellt, zu betheiligen.

Greifen wir einige Hauptpunkte zur Probe heraus! Während in dem Zeitraum von 1680—1760 das Material der Einzelkenntnis, der Beobachtung, der Beschreibung sich immer höher angehäuft hatte, fehlte, so erklärt Schmoller, noch die rationale Bemessung des lebten Stoffes. Diese sei erst mit der Aufklärung und Philosophie des 18. Jahrhunderts angekommen, welche aus sich heraus die zwei großen Theorien oder Schulen erzeugte, welche von 1770 bis fast zur Gegenwart das Denken und Handeln beherrschten: die individualistische und die sozialistische Nationalökonomie. Sie sind beide Kinder derselben Mutter: die ältere Theorie, die abstrakte, individualistische Naturlehre der Volkswirtschaft von den Physikern und Adam Smith bis zu Mill und Raw, wie die etwas jüngere sozialistische Theorie der Klassenkämpfe von William Thompson bis zu Karl Marx sind Ergebnisse des jüngeren liberal-radikalen Naturrechts. Beide Richtungen glauben an einer abstrakten Menschennatur heraus ein vollendetes, objektives Bild der heutigen Volkswirtschaft konstruiren zu können.

Das weitere ist dann Variation und Ausdehnung dieses Grundgedankens, durch den die Ueberlegenheit der historischen Richtung denn allerdings glänzend dargestellt wird. Daß es mit dem „Naturrecht“ als einer lustigen Gefehdung über steht, hat wohl jedermann schon einmal gehört; wenn nun die bürgerliche Klassische, wie die Marx'sche Nationalökonomie beide Kinder des „Naturrechts“ sind, so weiß man eben, was man von ihnen zu halten hat! Mit einem kleinen Wörtchen ist alle frühere Nationalökonomie gründlich kompromittirt! Wer wird sich heute zu „Ergebnissen des Naturrechts“ noch bekennen wollen, wo der laute Oueß der wirklichen Wissenschaft von Schmoller und Genossen erschallen ist! Man bewundere das Geschick, mit dem die „Aergeren“ und „vervollkommenen Methoden“ hier gehandhabt werden!

Jede Nationalökonomie, die sich über das Niveau bloßer Einzelbeschreibung zu der Erkenntnis der inneren Zusammenhänge und Gesetze, von denen der Mechanismus der kapitalistischen Volkswirtschaft geregelt wird, erheben will, geht auf ein Gemeinsames, das in der endlosen, bunten Mannigfaltigkeit der besonderen Erscheinungen enthalten ist, sich in ihnen (wenn auch durch gegenwirkende Tendenzen vielfach modifizirt) behält. Es handelt sich für sie z. B. nicht um die Frage, wie die Preise in einer bestimmten Branche zu einer bestimmten Zeit, in einem bestimmten Lande, sich bewegt haben, wie hoch da die Profite, wie groß dort die Grundrenten und die Arbeitslöhne gewesen u. s. w. u. s. w., sondern darum, durch welche allgemeine Tendenzen die Preisbildung und mit ihr die Profite, Renten und Löhne in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt geregelt werden, darum, wie diese und ähnliche allgemeine Tendenzen in dem inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktion notwendig begründet sind. Daß die Herausschälung und systematische Zusammenfassung der Grundverhältnisse und Tendenzen ihre Ergebnisse stets an der konkreten volkswirtschaftlichen Wirklichkeit zu prüfen hat, ist selbstverständlich. Nur eine solche Prüfung kann ergeben, ob die zur Erklärung des Wirklichen aufgestellten Theorien dieses tatsächlich zu erklären vermögen, welche Widersprüche etwa zwischen Theorie und Wirklichkeit bestehen, und wie die Widersprüche sei es durch Einschränkung und Umbildung der früher formulirten oder durch Aufstellung neuer Theorien, sich heben lassen.

Die auf die Erkenntnis des Allgemeinen gerichtete theoretische und die das wirkliche in seinen Besonderheiten beschreibende Nationalökonomie haben ihren inneren Wesen nach so wenig in prinzipiellem Gegensatz, daß sie vielmehr einander zur Ergänzung gänzlich bedürfen. Die großen Theoretiker waren die letzten, dies einfache Verhältnis zu verkennen. Bei Adam Smith z. B. der Schmoller als der Repräsentant der „individualistischen Nationalökonomie“ gilt, ist die Vereinigung und die Durchdringung dieser beiden Momente, des theoretischen und beschreibenden, in ganz besonderer Maße ausgebildet. Jeder Satz der Theorie wird vorsichtig an der Erfahrung gemessen, nichts liegt ihm fern, als der Gang zu voreiligen, unkontrollirten Generalisationen. Was haben die ökonomischen Resultate, zu denen Smith gelangt, was hat seine realistische Methode also mit dem nebelhaften Naturrecht, welches Herr Schmoller als kompromittirenden Stütze zu größerer Ehre der historischen Schule ihm aufleibt, zu thun? Mit den Resultaten die Schmoller an anderer Stelle selbst anerkennt recht wenig, obwohl in der Beurtheilung des Freihandels und auch an einigen anderen Stellen philosophische Ideen, die an das Naturrecht gemahnen, anknüpfen, mit der Methode, und von den Methoden will doch der Schmoller'sche Aufsatz in erster Reihe handeln, so gut wie gar nicht.

Herr Schmoller ruft in der ihm eigenthümlichen schillernden Weise den gegenwärtigen Anschein hervor, indem er davon spricht,

daß beide Richtungen (die Smith'sche wie die Marx'sche) „aus einer abstrakten Menschennatur ein vollendetes (i) objektives Bild der heutigen Volkswirtschaft glauben konstruiren zu können“. Allerdings, wenn die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Preis-, Profit-, Lohnbildung u. s. w., in der modernen Volkswirtschaft der freien Konkurrenz verstanden werden sollen, dann muß man wohl bei der Erklärung auch auf die allgemeinen Zwecke, die von den Klassen und den Einzelnen, in der Konkurrenz verfolgt werden, d. h. auf das wirtschaftliche Selbsthaltungstreben, auf den Egoismus der Einzelnen als die große bewogende Triebkraft des ganzen Mechanismus zurückgehen. Erst aus dem Kampfe der durch ihre Stellung in der ökonomischen Struktur einander entgegengesetzten Egoismen wird das Auf und Ab der freien Konkurrenz und ihrer Preisbildung verständlich. Man kann dies Zurückgehen auf die psychologischen Prinzipien ein Zurückgehen auf die „abstrakte Menschennatur“ nennen, aber diese „abstrakte Menschennatur“ hat mit Fiktionen der Naturrechts-Philosophie nichts zu thun. Sie ist eine reale, allerdings durch Hemmungen eingeschränkte Potenz, mit der jedes auf Erkenntnis des allgemeinen Zusammenhangs der wirtschaftlichen Konkurrenzerscheinungen gerichtete Nationalökonomie notwendig rechnen muß. Die Hemmungen, die dem freien Schalten des Egoismus sich entgegenstellen, modifiziren nur die Regel, aber sie heben dieselbe nicht auf. Sie dürfen darübr nicht außer acht gelassen werden, zu erst aber muß, und die Regel und ihre Wirkung selbst klar zu erfassen, von ihnen abstrahirt werden. Wer die Abstraktion als überwindenen Standpunkt, als Ergebnis des „abstrakten Naturrechts“ bei Seite wirft, sagt damit nur, daß er überhaupt auf jede systematische Zusammenfassung und Erkenntnis, auf das methodische Begreifen der Volkswirtschaft selbst verzichten will, was freilich die bequeme Art ist, alle Vorgänger zu überwinden.

Wenn bei Smith, den Zeitverhältnissen entsprechend, immerhin gewisse Beziehungen zur Naturrechts-Philosophie, obgleich dieselben den realistisch-wissenschaftlichen Charakter seines Werkes in keiner Weise aufheben, sich nachweisen lassen, so ist die Behauptung, die „sozialistische Theorie der Klassenkämpfe von William Thompson bis Marx sei ein Ergebnis des jüngeren, liberal-radikalen Naturrechts“, bereits völlig sinnlos. Schon die Zusammenverfügung von Marx mit den früheren sozialistischen Theoretikern spricht ganze Bände. Wenn jemand auch nicht weiter von Marx weiß, pflegt er doch das zu wissen, daß er seine geschichtlichen und ökonomischen Lehren im schärfsten Gegensatz zu jeder ideologischen und naturrechts-philosophischen Auffassung gestaltet hat. Die „historische Methode“ Schmoller's, sobald es darauf ankommt, ihre Ueberlegenheit gegen alles, was sonst als ökonomische Reifeitschaft erschien, zu beweisen, brandt sich an solche Kleinigkeiten nicht kehren. Sie erinnert in der Kühnheit ihrer geschichtlichen Konstruktionen, in der eblen Sorglosigkeit, mit welcher er das Wirkliche behandelt, höchstselbst nicht wenig an die freie Geschichtsphilosophie des so vornehm von oben herab behandelten Naturrechts.

Als wissenschaftliches Seitenstück zu dieser Entdeckung sei noch die Auffassung über die „nationalökonomische Begriffswelt“ der drei deutschen großen Sozialisten Lassalle, Rodbertus und Marx hierhergesetzt! Was diese „Begriffswelt“, was das Mißgeug ihrer Beweisführung, die herrschenden Grundvorstellungen, von denen sie ausgehen, betrifft, so haben sie in dieser Beziehung gar nichts Neues geschaffen, sie stellen sich ohne Prüfung auf den Boden der Smith- und Ricardo'schen Markttheorie und Tauschgesellschaft, operiren mit den wiederholt schimmernden Begriffen dieser Schule, sehen die scholastischen Wertherörterungen Ricardo's als unumstößliche, gar nicht mehr zu prüfende Wahrheit an und machen so den Versuch, auf ein Kartenhaus ein Gebäude der Volkswirtschaft zu bauen. Auch hier erkant man billig. Ist es möglich, daß die „wirkliche“ Wissenschaft nicht weiß, daß die Marx'sche Unternehmung gerade umgekehrt von der eindruckendsten Prüfung und Kritik der Wertherörterungen Ricardo's ausgegangen ist? In seiner Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ zählt Marx z. B. vier Widersprüche auf, in welche sich die Ricardo'sche Lehre vom Tauschwerth verwickelt hat, die dann in seiner eigenen Doktrin ihre Lösung finden sollen. Eben die Entdeckung dieser Widersprüche war es, die Marx zur Umbildung der ganzen Werththeorie als ein ganz wesentliches Moment mit fortgetrieben hat.

So wenig wie Professor Schmoller einen prinzipiellen Unterschied zwischen der Marx'schen Methode und dem „mütterlichen“ Naturrecht, so wenig wie er einen Unterschied zwischen der Ricardo'schen und Marx'schen Werththeorie, so wenig sieht er überhaupt die tiefere, im echten Sinne des Wortes historische Bedeutung der Marx'schen Werth- und Mehrwerthlehre ein.

Er hält sich an die äußerlichen Formen, die er im plattesten Sinne auslegt, um sich darüber zu entrüsten, daß „von Marx nicht die Menschen, ihre Handlungen und Institutionen, sondern die „Mägie“ des technisch-kapitalistischen Produktionsprozesses (was das sein mag?) mit der Zauberkunst der Dialektik vorgeführt wird“. Aber er sieht nicht, daß nur dadurch, daß auf die Beziehung der Preise zu der Arbeitsmenge, die in den Produkten steckt, zurückgegangen wird, der historisch-besondere Charakter des Kapitalismus in seinem Zusammenhang und Gegensatz zu früheren Produktionsformen erfährt werden konnte. Es ist Marx gewesen, der in seiner materialistischen Geschichtsauffassung zuerst die Grundlagen geschaffen hat, um die Ökonomie in ihren einzelnen Entwicklungsphasen methodisch zu begreifen, indem er Produktionsformen und Produktionskräfte deutlich unterschied und auf die innere Beziehung beider hinwies. Er war es, der die Ausbeutung, der wir auf allen höheren Entwicklungsstufen der Ökonomie begegnen, auf ihre einfachste Formel, Aneignung von Mehrarbeit zu sein, reduzirte und der nun in seiner Werththeorie, weit hinausgehend über seine bürgerlichen, von der Ewigkeit der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse übergenötigten Vorgänger, die Methode ausbildete, um die besondere Art der Aneignung von Mehrarbeit, durch welche die kapitalistische Gesellschaft sich in Verhältnis zu den ihr vorhergehenden Entwicklungsphasen charakterisirt, in klarer Anschaulichkeit darzulegen. Erst durch ihn wurde so die theoretische Nationalökonomie historisch und die historische theoretisch. Mag da so manches in der Form des Systems noch der Umbildung bedürfen, der von Marx erreichte, durch das System hindurchschneidende Standpunkt, wie er den fortgeschrittenen, durch den proletarischen Klassenkampf repräsentirten sozialen Tendenzen der modernen Gesellschaft in seinem inneren Wesen entspricht, ist auch in wissenschaftlicher Beziehung der fortgeschrittenste.

Oder was hätte ihm die „historische Schule“ entgegenzusetzen? Ja, was hat sie auch nur der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie entgegenzusetzen? Zahlenreihen und Einzelbeschreibungen! Aber keinen Versuch, die Mannigfaltigkeit des Stoffes in einheitlicher Weise, methodisch zusammenzufassen und zu begreifen. Die „Ueberwindung“ des Smith'schen und des Marx'schen Systems hat sich in der Weise vollzogen, daß man überhaupt auf jedes System, d. h. auf jeden Versuch, in die allgemeinen Grundverhältnisse und Gesetze der kapitalistischen Volkswirtschaft mit tieferer Analyse einzudringen, verzichtete, und den Verzicht, das Reich theoretischer Ohnmacht rückgratlosen Effektlizismus, als Resultat vertiefter wissenschaftlicher Einsicht und eines überlegenen Geistes feierte.

Die Entwicklung der offiziellen ökonomischen Wissenschaft nach dieser Richtung war einfach eine Entwicklung nach der Richtung des geringsten Widerstandes, theoretisch wie praktisch. Nicht nur, daß eine Beschreibung, die sich auf der inneren Beziehung zur Theorie löst und gar nicht an allgemein theoretische Verarbeitung des Stoffes denkt, so viel bequemer, — die Theorie war, seitdem Marx sich ihrer bemächtigt, auch in praktischer Hinsicht anständig geworden. Die Marx'sche Mehrwerthlehre wies auf die Untersuchungen von Smith und Ricardo, die in ihr weiter fortgeführt und vertieft waren, unmittelbar zurück. Schon um vor den Marx'schen Konsequenzen recht sicher zu sein, um „Staatsverfallend“ zu bleiben, war es notwendig, mit der

Arbeitswerththeorie der bürgerlichen Klassiker, die zu der Marx'schen die Vorstufe bildete, und damit überhaupt mit jeder Theorie zu brechen. Man wird, wenn man den Mangel einer zusammenfassenden Theorie als ganz besondere Ergründungseigenschaft preisen hört, ganz unwillkürlich an die Fabel von dem Fische erinnert, der, als er seinen Schwanz verlor, seinen Fischkollegen die Schwanzlosigkeit als die Verwirklichung des wahren Schönheitsideales, als Ueberwindung aller modischer Geschwängtheit vorzudemonstriren suchte. C. S.

Kunst und Wissenschaft.

— „Tiamo“, ein einaktiges Schauspiel von Friedrich Roeder, ist vom Schauspielhause zur Aufführung angenommen worden.

— Eine neue bereinigte Notenschrift scheint mehr und mehr Eingang zu finden. Daß die uralte Notenschrift nicht weniger als einfach ist, hat jeder schon erfahren, der einmal versucht hat, die Partitur zu einem Orchesterstück zu lesen. In dieser Schrift hat die Note die alleinige Aufgabe, bezüglich der Tonhöhenbestimmung einen ganz bestimmten Ort im Linienystem, welcher die Tonhöhenbedeutung hat, anzuzeigen. Die Note ist im Gegensatz zum Buchstaben ein völlig stummes, nichtsagendes Zeichen, und darum ist unsere alte Notenschrift so schwer zu lesen, weil der Lesende nicht nur den eingezeichneten Ort im Linienystem erfassen muß, sondern auch für mehrere Töne, welche gleichzeitig zu spielen sind und in verschiedenen Schläffeln im Linienystem verzeichnet stehen, deren Vertikalität von ungleicher Tonhöhenbedeutung zu erfassen hat. In der neuen Notenschrift, in welcher die Verlagsgesellschaft Otto Maack in Wien schon viele klassische Tonstücke herausgegeben hat, kann durch das alleinige Ansehen des Tonkopfes (schon die Tonhöhenbedeutung des Notenbildes im Linienystem verstanden und gelesen werden. In der Schreibweise der Notenschrift wurde gar nichts geändert, nur statt der gleichgeformten Notenköpfe für alle Tonbestimmungen im Linienystem wurden als „Lettern-Notation“ siebenlei geformte Notenköpfe für die Bezeichnung der sieben Töne c, d, e, f, g, a, h im Linienystem eingeführt, so daß man mit dem Bissen von nur sieben Notenkopfformen ein jedes Tonstück und jede Partitur lesen und verstehen kann. Der Grundsatz, von welchem die neue Schrift ausgeht, ist, daß die Notenköpfe schon mit ihrer Form dieselben Töne angeben, welche sie im Linienysteme bezeichnen; es ist daher keine geistige Anstrengung zur Erkennung der Notenlage im Linienysteme notwendig. In der That stellt sich die Schrift in dem Linienystem sehr einfach dar, da sie vor den einzelnen Notenbildern keine Vorzeichen mehr nöthig macht.

t. Eisberge und Klima. Für das australische Festland war der vorige Sommer, der also auf die Zeit des letzten Winters in der nördlichen Halbkugel trifft, durch ungewöhnliche Kälte ausgezeichnet. In den Gebirgen von Victoria, die sich gar nicht durch besondere Höhe auszeichnen, fiel dreimal im Sommer Schnee, und die Berge Bogong und Featherthop, waren noch am 15. März, also am Ausgange des Sommers, unter einer 2 Meter tiefen Schneedecke begraben. Die australischen Meteorologen haben die Vermuthung ausgesprochen, daß diese ungewöhnlich niedrige Temperatur mit den außerordentlich zahlreichen Eisbergen in Verbindung zu bringen sei, welche von dem Kap nach Australien herabgeschwommen kamen. Man hat die Zunahme der Eisberge im südlichen Polargebiete schon seit einigen Jahren mit Aufmerksamkeit verfolgt und durch den Eintritt vulkanischer Störungen oder Erdbeben in der Gegend um den Südpol zu erklären versucht, welche die dort befindlichen Eismassen zertrümmert und zerstreut haben sollen.

Vermischtes vom Tage.

— Von dem versunkenen Torpedoboot „S 26“ ist die letzte Leiche, die des Oberheizers Dampf, geborgen worden. Das Schiff kann nicht gehoben werden; es ist gänzlich verfannt.

— Ein Taisuu hat in Cochinina große Verheerungen angerichtet.

— In Chaumont (Schweiz) waren vor einigen Tagen die Kinder der Familie Jährer allein zu Hause und spielten mit dem geladenen Wettergewehr. Der neunjährige Knabe legte scherzweise auf den sechsjährigen Bruder und das dahinter stehende fünfjährige Schwesterchen an, der Schuß ging los, die Kugel durchbohrte die Köpfe der beiden Kinder und tödtete beide.

— Ein völlig zerlegbares Fahrrad ohne Räder, welche in einer schweizerischen Fabrik konstruirt worden.

— Schwindelmeyer u. Co. Auf der skandinavischen Ausstellung in Stockholm gab es auch eine russische Abtheilung. In dieser wurden besonders die „kaufmännischen Teppiche“, die Federarbeiten aus Zuchten und die „nationalen“ Leinwandgewebe bewundert. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß alle diese Sachen aus Westfalen, Thüringen und Süddeutschland stammten und von Deutschland direkt nach Stockholm gegangen waren.

— Ein lebensgefährliches Staatsexamen. Der „Ostasiatische Lloyd“ schreibt: Welchen körperlichen Anstrengungen christliche Studenten bei ihren Staatsprüfungen ausgesetzt sind, dafür spricht ein Vorfall, der sich soeben in Hangschau, der Hauptstadt unserer Nachbarprovinz Tscheling, zugetragen hat. Zu Anfang des Monats fanden dort die neun Tage währenden Provinzialprüfungen für den Tschung-Grad statt. Der 9. war ein sehr heißer Tag; des Abends regnete es stark und die in den elenden Bretterbuden innerhalb der Prüfungshalle lebenden Studenten wurden zum Theil bis auf die Haut naß. Am folgenden Tage fand man 27 junge Leute todt; 3000 andere — im ganzen hatten sich 9000 Studenten gemeldet — lagen krank darnieder.

— In der Oberpfalz ist ein Forstwärter durch einen Hirsch getödtet worden. Der Hirsch stürzte sich mit gekrümmtem Kopf auf den Mann und stieß ihm das Geweih durch das linke Auge tief ins Gehirn.

— Auf der Kirme von Miesenheim bei Rundernach ist eine junge Seiltänzerin vom Thurmseil gestürzt und hat sich das Genick gebrochen.

— In dem galizischen Bucacz hat ein Schusterjunge auf der offenen Straße einem Postanten, der ihn beleidigt hatte, mit dem Schustermesser die Gurgel durchgeschnitten.

— Der kleinste Ched der Welt. Ein kleinerer Ched als der, der jüngst dem Expräsidenten der Vereinigten Staaten Grover Cleveland zugegangen ist, wird wohl noch niemals ausgeschrieben worden sein. Es hatte sich nämlich bei einer Revision der Bücher herausgestellt, daß der einjährige Präsident um einen ganzen — Cent (vier Pennige) zu kurz gekommen war. Und von man dem großen Manne diesen hohen Betrag weder in Nickel noch als Briefmarken zu überreichen wagte, so wurde ein Ched, ein Cent lautend, zahlbar an Mr. Grover Cleveland, vom Schatzdepartement ausgeschrieben. Der Ched mußte durch ein Tugend Bureau, wo er überall eingetragen, unterzeichnet, gegenzeichnet, gestempelt, revidirt und adressirt wurde, hindurchgehen, um schließlich durch Spezialboten dem Präsidenten zugeföhrt zu werden. — Korrekturnde Narrheit!

— Woran man das Alter der Gänse erkennt. Junge Gänse besitzen in der Regel eine runde, alte dagegen eine mehr halbrunde, abgespitzte Brust, die um so mehr von der vollen Rundung verliert, je älter das Thier ist. Junge Gänse haben spitze Pfundgügel, sowie weiche und kleine Ballen, alte Gänse zeigen schwellige und große Ballen, sowie stumpfe Pfundgügel. Auch die Federn und Flügel können zur Ermittlung des Alters dienen. So ist bei jungen Gänsen die erste Pfundgügel von schlanker Gestalt und hat eine spitz zulaufende Fahne, und unterscheidet sich dadurch deutlich von den starken, gedrungenen Federn mit der abgestumpften Fahne der alten Gänse.

Erklärung!

Die Bestände bestehend seit 12 Jahren
Herren- und Knaben-Garderoben-
Geschäfts

von Benno Ferester
fallen in kürzester Zeit ausverkauft werden.
Winter-Paletots, früher 14, 18, 24, 30, jetzt 9, 12, 15, 18 Mt.
Joppen, früher 8, 10, 12, 15, jetzt 5, 7, 8, 9 Mt.
Hohenzollern-Mäntel, früher 25, 29, 33, 40, jetzt
17, 22, 25, 28 Mt.
Knaben-Mäntel, früher 4, 5, 6, 8, jetzt 2, 3, 4, 5 Mt.
Jaquet-Anzüge, früher 15, 19, 24, 30, jetzt 10, 12, 16, 19 Mt.
Mod-Anzüge, früher 22, 26, 30, 38, jetzt 15, 18, 21, 24 Mt.
Burschen-Anzüge, früher 9, 12, 15, 19, jetzt 5, 7, 9, 10 Mt.
Knaben-Anzüge, früher 4, 5, 6, 8, jetzt 2, 3, 4, 5 Mt.
Stoff-Joppen, früher 3, 4, 5, 9, jetzt 2, 3, 4, 6 Mt. 31772*
62 Reinickendorferstr. 62
am Nettelbeckplatz. an der Stadtbahn.

Aug. Günther, Frankfurter Allee 16
empfiehlt sein
Weiß- und Vairisch-Bier total mehr gr. Vereinszimmer. 33032*

Park-Restaurant „Johannisthal“

Parf. 12/13 Inh.: Fritz Rau Parf. 12/13
Jeden Sonntag: Großer Ball. Anfang 4 Uhr.
Empfehle meinen Saal, 600 Personen fassend, zu allen Versammlungen
und Festlichkeiten.
Fritz Rau, Gastrich, früher Stalikerstr. 126.

Wirthshaus Schmargendorf,
Warnemünderstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereins-
zimmer, Kaffeehaus (à la Carte 60 Pf.) - Vereinen und Gesellschaften
angelegentlich empfohlen. - Vorzügliche Speisen und Getränke
zu soliden Preisen. Pilsener Bier, Glas 10 Pf. 29623*
Jeden Sonntag: Großer Ball. **Karl Baier.**

Wo? machen wir unsere Herren-Partie hin?
nach **Nickelswerder „Zum alten Freund“**,
da sind wir stets willkommen. 29611*

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26.
echten alten Nordhäuser Liter R. 1, - 1/2 R. 0,50,
extra alte Waare 1,40, 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Möbel und Polsterwaren Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.

„Fortuna“

Größtes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft des Nordens
93 Kastanien-Allee 93, Ecke der Oderbergerstraße,

empfehlen in großer Auswahl 1/14*

Winter-Paletots, guter Qualität von 12 R. an	Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß in eigener Werkstatt.	Hosen von reinwoollenem Stoff von 3,50 R. an
Hohenzollern-Mäntel 20		Winter-Joppen 6,-
Jaquet-Anzüge 13		Knaben-Anzüge u. Paletots
Mod-Anzüge 18		in großer Auswahl
Gehrock-Anzüge 27		Arbeiter-Bekleidung in großer Auswahl zu ausnahmeweis billigen Preisen.

Dr. Simmel Moritzplatz,
i. Hand u. W. Schinger
Spezialarzt f. Haut u. Hornhäuten.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Bahn-Atelier.
Kunst. Zähne in tadelloser Aus-
führung u. 3 R., Kronen u. 2 R. an.
Schmerzlos, Zahnziehen mit Cocain,
Gloréol, Chloroform und Pepsin
unter Betäubung eines prof. Arztes. Bei
Behandlung v. Nasen, Zähnen, Zahm-
gelenken, Zahnreinigung u. unvollst. Katen-
zählung gestattet, Woche 1 R.
Guckel, Kaiserer Platz 2,
Mollatstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Künstliche Zähne.
H. Steffens, Rosenbaderstr. 61, 2. Et.
Teilzahlung pr. Woche 1 R.

Industrie-Erwerb.
Einfache lohnende Fabrikation
leicht verkäuflicher tügl. Ver-
branchartikel, auch mit geringen
Mitteln ohne Fachkenntnisse
möglich. **Zahlreiche An-
erkennungen. Katalog gratis**
durch den Verlag „Der Er-
werb“, Altona u. Elbe.

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkellerei.
Damit ein geehrt. Publikum
sich von der Güte und Vorzüg-
lichkeit unserer Fruchtweine
überzeugen kann, haben wir einen
Ausschnitt errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.
Größte Leistungsfähigkeit der Hutbranche.
Herren-Hüte, weich oder steif, von 1,75 an bis 3,50 R.
Kinder-, Knaben- und Konfirmandenhüte von 1 R. an.
Hochleganter Zylinder Ia. 7,50 R. 33918*
Blüchstraße Ia. 5, 6, 7 R.
Letzte Neuheit „weicher Herrenhut“ in allen Farben pr. St. 2,75 R.
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

Konkurs-Ausverkauf

eleganter
Herren-Garderobe
der
Braunspan'schen Konkursmasse.
Die vorräthigen Pelermäntel, Paletots, Joppen, Mod- und Jaquet-
Anzüge, einzelne Joppen und Westen sowie Knaben-Anzüge werden in dem
bisherigen Geschäftstotal

198 Oranienstrasse 198,
Gegend Heinrichsplatz,
mit anderen Waaren täglich von 9-1 Uhr vormittags und 3-8 1/2 Uhr
nachmittags zu billigen Taxpreisen ausverkauft.
Bestellungen nach Maass
werden von den noch vorhandenen Stoffen in bekannter guter Aus-
führung zu sehr soliden Preisen angefertigt.
Sonntag Verkaufzeit: 8-10, 12-2 Uhr. **Der Verwalter.**

Deutsches Porter

Deffert u. Malzkräftiger 1. Rang.
Brauerei Burgallee, Potsdam,
gegr. 1736, bel. f. Blücher, Brustkrante
Reicht, Bock,
Wesolow. u. d. leicht
bekannt, nahrh.
kräftige Bier -
zu Wirthsch. bezw.
best. Geschm. u.
Gewichtszunahme.
liberr. 14 Pfund
drei, 50 zehn Pf.
ext. In Geb. 1/2,
1/4, 1/8 u. d. Selbst-
abz. weichen, bill.
Allein-Verandth.
f. Berlin u. Brod.
Porterfabrik
R. In gl e r,
Berlin, Brun-
nenstraße 152.
Nicht-Bildschanzahl
- Qual. entscheid.

Für Händler, Ganzer etc.
Pöhlmeder Plancke und Lamas,
Strodreier und kleinere Weiser
à Pfd. 2,50 R. und 3,00 R. verleiht
jeden beliebigen Posten franco gegen
Nachnahme **Herrn Posner,**
15325*
Bühnenstr. 12.

Eingebügel,
Bogelbauer, Bogelkutter, Insektenmehl
ganz billig die Bogelhandlung
15289* **J. Stein, Parf. 72.**
Neu eröffnet. Neu eröffnet.

Parteigenossen!

Schirme, Stöcke, Kravatten
nur mit
Hüte Kontrollmarke
Otto Gerholdt, Dreddenstr. 2.

Damenhüte
und Kinderhüte, garnirt u. ungarirt, empfiehlt in größter Auswahl
zu billigen Preisen 33362*

**Th. Sabor, Cranienstr. 204, zwischen Heinrichs-
platz u. Mautensfelstraße.**

Stelle und weiche
Hüte v. 2 R. an;
in hochlegant. Aus-
führung:
2,80-3,- R.
G. Böhm, Weichenburgerstr. 73, v.

Räthsel
der ganzen Welt!
Neu eingetroffen:
Weicher Herrenhut
hochlegant! 32345*
jabelhaft nur 2,30 R.
Goffmann,
Gr. Frankfurterstraße 130.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
zu enorm billigen Preisen bei 3396L*
W. Schmeißer, Rütchenermeister,
Wollnowstraße, Ecke Landwehrstraße.

Möbel

verliehen gewasene und neue, stannend
billig. Teilzahlung gestattet.
Beamten ohne Anzahlung. 29172*

Neue Königstr. 59
u. **Gneisenaustr. 15.**

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig.
1 Stück Lanolinseife und ein reines
Handtuch liefert sich f. 10 Pf. v. Woche.
Handtuch-Berleiht. **Just. S. Figner,**
Neue Königstr. 17.
Bernhardstr. VII. Nr. 2087.

Brodhaus, Meyer's Lexikon,
wissenschaftl. Bücher belehrt und laust,
sabelh. hohe Preise, **Antiquariat**
Rosenbaderstr. 11/12 L. 60/10*

Alte Stiefel,
ausw. Repar. u. Bef.
reell u. bill. **Runge,**
Brüderstraße 43. 15266

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte enorm billig,
verkauft an der Fabrik
im Hauptst. 29592*
nur **Barnim-Straße 4/5,**
Sonntags geöffnet.

Jede Uhr
repariren und reinigen
solltet bei mir unter
Garantie d. Gutgehens
nur 1 Mark 50 Pf.
außer Bush, kleine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regu-
latoren und Wecker, alle Arten
Ketten, sowie Brillen u. Pinocens.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Straße 35.

Keill und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von **W. Hiltzschke,** ge-
gründet 1872, **Stalikerstr. 13, Ecke**
Admiralstraße, am Kolonnen-Tor.*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen,
Reinickendorferstr. 62, Pflanzliche.
Betten, Gardinen, Tischdecken spottb.
Reanderstr. 6, Pflanzliche.

Saal frei
für Vereins-Festlichkeiten
32132* **Bergstrasse 12.**

Zum gemütlichen Stranz,
Restaurant und Garten,
Stralauer Allee No. 17b.
Telephon Amt VII Nr. 4182.
Sohlstelle vom Wahlverein des vierten
Wahlkreises, Vereinszimmer u. Piano.
Kassant von Pfefferberger,
Echt Potsdamer Stangen und
Eisbein-Beißer à 10 Pf.

H. Ebert's Festsäle
Kommandantenstrasse 72.
Habe noch einige Sonn-
abende u. Sonntage im November
und Dezember frei. 14456

27. November
solltet gratis zu vergeben. 33242*

Nieff's Festsäle,
Weberstr. 17.

Preisliste von Carl Stier



Fabrik für 32366*
Herren- und Knaben-Garderobe.
Oranienstr. 168.
Potsdam:
Brandenburger-
strasse 23.
Zur
Winter-Saison
empfehle meine durchweg
sauber gearbeiteten u. elegant
stehenden Fabrikate

zu nachstehenden billigen Preisen:

A. Anzüge.

Jacket-Anzug von dunkel oder farbig melirtem Horn-Buckskin 1: ober 2reihig	16,- Rtl.
Jacket-Anzug von kräftigerem Zwirnbuckskin	18,- "
Jacket-Anzug von blau oder schwarzem Cheviot 1: oder 2 reihig	18,- "
Jacket-Anzug von Zwirnbuckskin, schöne, neue Wasser, haltbar und solide	22,50 "
Jacket-Anzug von schwarz, braun oder blau Cheviot, eleganter Anzug	25,- "
Jacket-Anzug von melirtem Diagonal-Cheviot, sehr halber Anzug	25,- "
Jacket-Anzug von J. Belour, hochmoderne Muster, haltbarer Stoff	25,- "
Jacket-Anzug von schwarz oder blau Kammgarn- Cheviot, mittelstarker, eleganter Anzug	27,- "
Jacket-Anzug von Diagonal-Kammgarn 1: ober 2reihig	27,- "
Jacket- oder Rock-Anzug von Kachener Kamm- garn, eleganter Anzug	30,- "
Jacket- oder Rock-Anzug von melirtem Kamm- garn, feiner Promenaden-Anzug	33,- "
Jacket- oder Rock-Anzug von Diagonal-Kamm- garn, Cheviot, feiner, eleganter Anzug 39,- 33,-	30,- "
Jacket-Anzug von feinem Diagonal-Cheviot in ganz neuen Farben, hochmodern	33,- "
Jacket-Anzug von prima Cheviot, schwarz, braun oder blau, sehr haltbar und hochlegant	36,- "
Jacket- oder Rock-Anzug von Kammgarn, feine Qualität	48,- 45,- 42,- 36,-
Jacket-Anzug von feinem deutschen und echt eng- lischen Neuhüten	50,- 45,- 42,- 36,-
Gehrock-Anzug von Diagonal-Kammgarn, sehr eleg.	36,-
Gehrock-Anzug v. sehr feinem Kachener Kammgarn	45,-
Gehrock-Anzug von Kachener Kammgarn, hochleganter Gesellschaft-Anzug	50,-

B. Hosen.

Hosen von gezeichnetem Stoff	1,75 Rtl.
Hose von Paletotin oder gezeichnetem Baumwollstoff	2,25 "
Hose von kräftigem, gezeichnetem Stoff, schöne ge- strelte Muster	2,75 "
Hose von Zwirnbuckskin	3,10 "
Hose von schwerem Buckskin, gestrelte dunkle Muster	4,50 "
Hose von Zwirnbuckskin, schöne gestrelte Muster, sehr haltbar	5,50 "
Hose von kräftigem Belour, hell oder dunkel	6,50 "
Hose von Belour, in schwerer Waare	8,00 "
Hose von Kammgarn, Zuit	5,50 "
Hose von gestreltem Kammgarn, sehr schöne Muster	8,50 "
Hose von Cheviot, in schönen melirten Farben	5,50 "
Hose von Porrier Zwirnbuckskin, fest u. haltbar 7,50 u.	6,00 "
Hose von Kachener Kammgarn, schöne, dunkle Muster	8,50 "
Hose von Kachener Zwirnbuckskin oder Cheviot, elegante, sehr feine Muster, solide im Tragen,	15,00, 12,50, 12,00, 11,00, 10,50 bis
Hose von Kachener Kammgarn, hochlegante Neu- heiten 16,50, 15,00, 14,00, 13,50, 12,00 bis	11,00 "
Hose von schwarzem Satin, Tuch-Kammgarn, Kamm- garn od. Buckskin 16,50, 15,00, 12,00, 10,50 bis	8,50 "

C. Knaben- und Burschen-Anzüge.

Knaben-Anzüge für das Alter von 3-8 Jahren, in schönen,
neuen Mustern, hell oder dunkle Farben von 4,00 Rtl. an.
Knaben-Anzüge für das Alter von 7-12 J. 7,50
Jünglings-Anzüge 12,00
Einsiegnungs-Anzüge in Satin, Kamm-
garn, Cheviot etc. 30-12

Knaben- u. Jünglingsmäntel zu sehr billigen Preisen.
Die feinen Preise sind an jedem Gegenstand deutlich an-
gegeben. Handel ausgeschlossen.
In meiner Abtheilung für Mahanfertigung befindet sich
ein außerordentlich reichhaltiges Stofflager mit allen Neu-
heiten ausgestattet.
Muster- und Mahanfertigung sende ich nach außerhalb und
garantire für tadellose Ausführung und eleganten Sitz.

P. Grund,
Gtabl. 1872.
1. Geschäft: Brunnenstraße 150.
2. Geschäft: Dreddenstrasse 134,
am Kolonnen-Tor.
Strichvolle-Kaufverkauf.
Nette in Zephyr und Hochwolle zu
Fabrik. Holzmarktstr. 60, G. I. I. Zr.